65. JAHRGANG · NUMMER 1 · MÄRZ 2024 · EUR 3,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Demonstration am 23. Januar 2024 in Darmstadt

Alle gemeinsam gegen die AfD?

Seit Mitte Januar finden in Deutschland unzählige Demonstrationen gegen die AfD mit enormem Zulauf statt. Ausgelöst wurden diese Demonstrationen durch einen Bericht der Recherchegruppe CORRECTIV. AfD-Politiker*innen, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November 2023 in einem Hotel in der Nähe von Potsdam zusammen. Sie besprachen Möglichkeiten der Deportation von Millionen von Menschen aus Deutschland. CORRECTIV war auch im Hotel – und hat das Treffen dokumentiert. .

Dieser Bericht hat viele Menschen erschüttert und aufgerührt. Er war aber nur der Tropfen, der das Fass zum überlaufen brachte. Stetig steigende Umfrageergebnisse für die AfD, die Wahl von AfD-Kandidaten zu Bürgermeistern und Landräten und die Wahlerfolge in Bayern und Hessen machten schon vorher vielen Menschen Angst. Auch Arbeitgeber zeigten sich schon länger besorgt. *»Die guten Umfragewerte der AfD erschüttern mich persönlich und auch als Unternehmer«*, sagte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger (Tagesspiegel 26.7.2023). Vor allem die Kritik der AfD an der EU und die strikte Ablehnung von Zuwanderung lassen ihn um die wirtschaftliche Zukunft fürchten.

Anfangs waren es kleine Gruppen, die zu diesen Demonstrationen aufriefen. Da sie an den Aufrufen meistens nichts auszusetzen hatten, riefen auch SPD und Grüne zur Beteiligung auf. In vielen anderen Orten wurden danach die Demonstrationen gleich von SPD, GRÜNEN oder ihrem Umfeld organisiert. Auch IHK und DGB waren in der Regel im Boot. Unabhängig davon, wer zu den Protesten aufrief: Der Zulauf war überwältigend. In mehreren Städten musste der Zugang zum Kundgebungsort wegen Überfüllung geschlossen werden. In Großstädten wie Berlin, Hamburg oder Köln nahmen weit über

100.000 Menschen an den Protesten teil. Dabei hinderte es sie nicht an der Teilnahme, dass Bundesregierung und die Unionsparteien selbst an eigenen Programmen zur erleichterten Abschiebung von Asylsuchenden arbeiten.

Bald war es dann auch an CDU und CSU sich diesen Protesten anzuschließen. Markus Söder, der noch wenige Wochen zuvor in den GRÜNEN den Hauptfeind ausgemacht hatte, begrüßte die Demonstrationen als »ein gutes Signal« und auch Friedrich Merz will in ihnen ein »ermutigendes Zeichen« gesehen haben. Nur Hubert Aiwanger, Vorsitzender der Freien Wähler und bayrischer Wirtschaftsminister, will bewährte Feindbilder nicht so ohne Weiteres aufgeben. »Die Demos gegen Rechts sind vielfach von Linksextremisten unterwandert. (…) Ich erwarte die Distanzierung aller Demokraten und der Bundesregierung von Linksextremisten«, schrieb der Freie-Wähler-Vorsitzende auf X, was früher einmal twitter hieß. (SZ-online, 19.1.2024)

Die Linken weitgehend ohne eigene Position

Tatsächlich sind auf den Demonstrationen viele Menschen zu sehen, die sich selbst als Linke begreifen. Allerdings vertreten sie dabei meistens keine linken Positionen. Ihnen gefällt es, im Strom der »wehrhaften Demokraten« mitzuschwimmen. Dabei wäre es wichtig, die Frage zu stellen, was eigentlich die Ursachen für das Erstarken der AfD sind. Mittlerweile gibt es viele Studien, die einen Zusammenhang von Stimmabgabe für die AfD und schlechten Arbeits- und Lebensverhältnissen zeigen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, stetig steigende Mietbelastungen und Energiepreise, Sparen am Bürgergeld und bei der Kindergrundsicherung sind Maßnahmen, die der AfD Wahlerfolge bescheren. Auch die unglaubliche Aufrüstung hat Kürzungen im Sozialbereich zur Folge. Wer als Linker die AfD wirksam bekämpfen will, muss diese Themen aufgreifen. Und dann ist es nicht möglich widerspruchslos mitzulaufen. Diese Demonstrationen haben nicht das Ziel gesellschaftliche Änderungen oder eine andere Politik herbeizuführen. Sie wollen alles lassen, wie es ist. Dabei ist dieser Ist-Zustand die Basis für das Erstarken rechter Parteien hier und auch in anderen Ländern.

Ein bloßes Mitlaufen bei diesen Friede-Freude-Eierkuchen-Veranstaltungen ist bequem, hilft allerdings nur den Regierungsparteien, die hoffen können ihren Imageverlust der letzten Monate zumindest teilweise zu kompensieren. Die notwendige Kritik an der Sozialpolitik der Ampel-Regierung macht es notwendig, bei den Demonstrationen gegen den Strom zu schwimmen und Konflikten nicht aus dem Weg zu gehen. Diese Bereitschaft zeigt sich nur bei einem kleinen Teil der Linken. Grundsätzliche Differenzen zu bürgerlichen Parteien sind häufig nicht mehr feststellbar. Dabei ist es deren Politik, die zum Erstarken der AfD beiträgt.

Gewerkschaften: Sozialpartnerschaftlich gegen rechts?

Auch die Gewerkschaften beteiligen sich an den Protesten ohne die Politik der Regierung zu thematisieren. Während sie die Sparpolitik der Ampel allenfalls verbal angreifen, können sie sich gegen die AfD kämpferisch geben. Das tut weder der Regierung noch den Herrschenden weh. In einer gemeinsamen Erklärung betonen DGB und Arbeitgeberverband die Bedeutung der Sozialpartnerschaft für die Entwicklung »eines Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, das einen fairen und sozialen Ausgleich ermöglicht«.
Diese Sozialpartnerschaft ist es aber, die dazu beiträgt, Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht konsequent abzuwehren. Stattdessen wird mitgestaltet, wie das Kapitalinteresse etwas sozialverträglicher durchgesetzt werden kann. Wer dabei auf der Strecke bleibt, kann in den Gewerkschaften nicht die Kraft erkennen, mit der sie ihre Interessen durchsetzen können. Das ist der Boden aus Enttäuschten und Verunsicherten, auf dem die AfD prächtig gedeihen kann.

Die AfD selbst kritisiert natürlich die

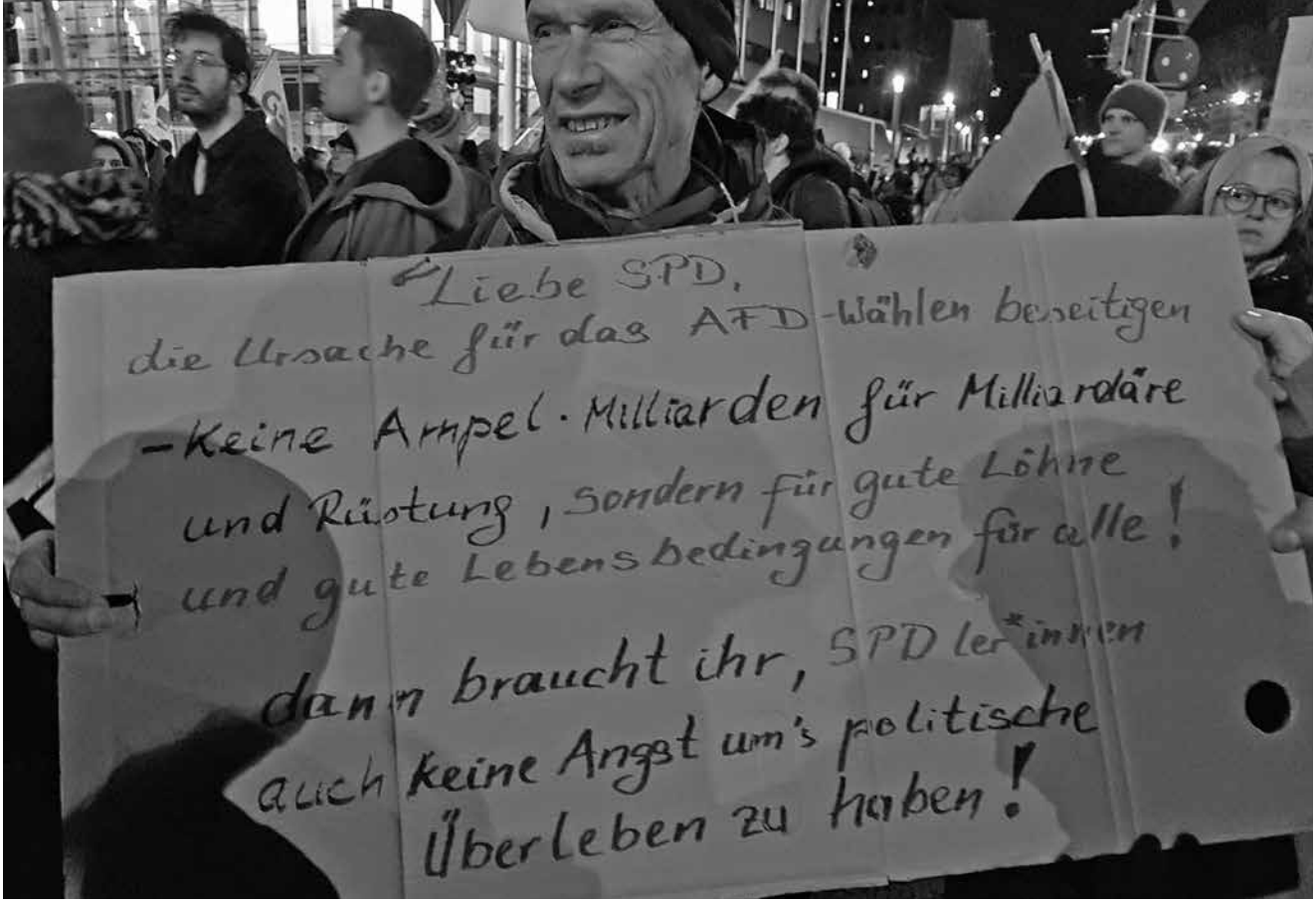
Demonstrationen, wirft den öffentlich-rechtlichen Sendern vor, Bilder zu zeigen, auf denen die Masse der Demonstrierenden übertrieben groß dargestellt sei. Im Endeffekt dürften diese Aktionen der AfD aber kaum schaden. Die mit der AfD Sympathisierenden werden dadurch nicht angesprochen. Diese haben mit den etablierten Parteien gebrochen und sind für deren Argumente nicht zugänglich. Die soziale Situation von Abgehängten und von Ausgrenzung Bedrohten hat sich nicht verän-

Heft Nr. 1 · November 2024 · Jahrgang 65

Alle gemeinsam gegen die AfD?	1
Proteste gegen die AfD in Berlin	3
Bremen: »Laut gegen Rechts«	6
Darmstadt: Der DGB wurde außen vor gelassen	7
»Hanau gegen Rechts« am 30. Januar 2024	8
Hanau: Gedenken an rassistische Morde	11
Erfahrungen auf der Anti-AfD Demo in Kassel	12
Landtagswahl Bayern: Alles wie immer. Und doch wird vieles anders.	13
Landtagswahl Hessen: Schlappe für die Ampel	14
Größte Arbeiterdemonstration seit Jahren	16
Hände weg vom Streikrecht in Großbritannien	19
GEW Hamburg: »Rechtsoffen« als Kampfbegriff	20
Die Wut der israelischen Linken (von Ilan Pappé)	22
Rede von Iris Hefets und Nadija Samour	24
Solidarität mit dem palästinensischen Volk	26
Die Legende vom deutschen Oktober 1923	27
Gerd Callesen (1940–2023)	28

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Demonstration am 21. Januar 2024 in Darmstadt

dert und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bleiben, wie sie sind. Die Ursachen der AfD-Erfolge sind also nicht verschwunden.

Wer ernsthaft dazu beitragen will, den Einfluss der AfD zu schwächen, muss versuchen, deren Anhang anzusprechen. Und dies gelingt nicht, wenn die Gegner der AfD unter sich bleiben und sich gegenseitig auf die Schulter klopfen. Die AfD macht Zuwanderung und Klimaschutz für fast alle Probleme verantwortlich. Wichtig ist es daher, andere Antworten auf die existenziellen Probleme zu geben, die viele Menschen betreffen. Renten, Mieten, städtische Gebühren, Mindestlohn, Klimageld u.a. sind Themen, mit denen AfD-Anhänger angesprochen werden können. Durch Initiativen und Aktionen zu diesen Themen besteht die Hoffnung, auch Teile der AfD-Basis anzusprechen und in Aktivitäten einzubeziehen. Dann würden rassistische Erklärungen für prekäre Lebenslagen zurückgedrängt und statt des Gegensatzes von deutsch und nicht-deutsch der Gegensatz von oben und unten nach vorne gerückt.

Auswirkungen auf die CDU

CDU und CSU sind relativ spät auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Sie haben seit dem Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Hessen und Bayern selbst viel zur Rechtsentwicklung beigetragen und konnten die Regierungsparteien vor sich hertreiben. Sehen diese nun die Chance, wieder Boden unter die Füße zu bekommen, so ist die Lage für CDU/CSU ambivalent. Verweigern sie sich der Teilnahme an den Kundgebungen, laufen sie Gefahr, den eher liberalen Teil ihrer Basis zu verprellen und besonders in den Großstädten Einbußen hinzunehmen. Bei einer Beteiligung aber müssen sie damit rechnen, Stimmen an die AfD zu verlieren.

Sollte diese Bewegung länger anhalten, werden Konflikte innerhalb der CDU zunehmen und der rechtskonservative Kurs von Friedrich Merz könnte stärker infrage gestellt werden.

31. Januar 2024 R./DA ■

■ KORRESPONDENZ:

Proteste gegen die AfD in Berlin

Kampf gegen den Rechtsextremismus oder zur Schwächung einer unliebsamen parlamentarischen Konkurrenz

Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich die Aktionen gegen die bekannt gewordenen Pläne zur Deportation (»Remigration«) durch das Recherche-Kollektiv »Correctiv« in den Print- und digitalen Medien. Einen Kommentar von Carola Tunk veröffentlichte die »Berliner Zeitung« unter der Überschrift:

»Demos gegen rechts: Treffen in der Komfortzone«

»Protest, zu dem von der Regierung mit aufgerufen wird, ist Protest, der zu feige für echten Wandel ist. So verhält es sich auch bei den ‚Demos gegen rechts'. Wer auf

21. Januar 2024 in Berlin · Foto Umbruch Bildarchiv / heba

solche Kundgebungen geht, will nicht die Welt verändern, sondern Verhältnisse bewahren. Daran ist nichts verwerflich, besonders mutig ist es aber auch nicht. Die Demonstranten machen sich quasi zu Gehilfen der Regierung, weil sie nicht gegen sie protestieren, sondern sie vielmehr stützen.

Hunderttausende Menschen haben in der vergangenen Woche gegen Rechtsextremismus und die AfD demonstriert. In Berlin waren es nach Angaben der Polizei mehr als 100.000 Demonstranten, die sich am Sonntagnachmittag im Regierungsviertel versammelten und durch die Straßen liefen. Wegen der Menschenmassen mussten der U-Bahn-Verkehr und die S-Bahnen zum Teil unterbrochen werden. […] Die Menschen sangen: 'Haltet fest zusammen, wehrt euch, leistet Widerstand.' Das war ein Gefühl von Gemeinschaft. Von #Wirsindmehr. Es fühlt sich gut an, doch hat es eher Kuschel- als Aufstandscharakter. […] Die Anti-Atom-Bewegung sang es in den Siebzigern in ähnlicher Form. Der Unterschied war, dass man bei Gorleben gegen die Regierung protestierte. In der Hauptstadt, vor dem Bundeskanzleramt und dem Deutschen Bundestag, versammeln sich hingegen Menschen, die von der Bundesregierung aufgefordert wurden, gegen rechts beziehungsweise gegen die AfD, also die politischen Gegner der Regierung, zu demonstrieren, die ja gar nicht an der Macht sind.

'Aufstand der Anständigen' wurde das genannt. Anständiger als Rechtsextreme zu sein, ist nicht schwer. Ihnen im Alltag entgegenzutreten, inhaltlich mit ihnen zu diskutieren, hingegen weitaus schwerer.«

Die Kontroversen über den Inhalt und die Ausrichtung der Anti-AfD-Proteste, wie sie in diesem, für eine bürgerliche Zeitung ungewöhnlich kritischen Kommentar zum Ausdruck kommen, bestimmen mittlerweile die öffentlichen Debatten.

Die Unionsparteien beklagen sich darüber, dass sie zum Teil nicht an den Vorbereitungen beteiligt wurden und bemängeln, dass sich die Proteste nicht ausschließlich gegen den Rechtsextremismus,sondern teilweise gegen rechts richten. Sie sollen doch mit der unionsintern gezogenen »Brandmauer« gegen die AfD vereinbar sein. Diese formal noch existierende »Brandmauer« war schon in der Vergangenheit durchlässig und wird wohl mit den zu erwartenden AfD-Wahlerfolgen zunächst in Sachsen, Brandenburg und Thüringen weiter durchlöchert oder gänzlich fallen. Zur Nagelprobe wird, wenn in Sachsen, Brandenburg oder Thüringen eine Regierungsbildung gegen die AfD nur unter dem Einschluss von Linkspartei oder BSW möglich sein sollte. Erinnert sei hier an die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten im Februar 2020 mit den Stimmen von FDP, Union und AfD.

Ein Beleg für die lange und enge Zusammenarbeit zwischen nationalkonservativen CDU-Mitgliedern und Faschisten ist das jüngst bekannt gewordene Beispiel des ehemaligen Berliner Finanzsenators Peter Kurth (1999-2001). *»Nach Recherchen des ARD-Magazins MONITOR überwies Kurth als CDU-Mitglied mindestens 120.000 Euro an eine Firma der rechtsextremen 'Identitären Bewegung'. […] Peter Kurth war bis zum vergangenen Herbst Mitglied der CDU. […] Die Kontakte von Peter Kurth zu*

AfD-Politikern und Rechtsextremen waren in den vergangenen Wochen publik geworden. Kurth ist 1. Vorsitzender der 'Alten Herren' der extrem rechten Berliner Burschenschaft Gothia. Zu den Mitgliedern zählen auch mehrere AfD-Funktionäre. Diese Nähe beschränkte sich offenbar nicht nur auf die Burschenschaft. So berichtete der 'Spiegel', dass der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah, im vergangenen Jahr in der Privatwohnung von Kurth einem interessierten Kreis sein Buch vorgestellt habe. Zu den Gästen von Kurth zählten an diesem Abend offenbar auch der Verleger Götz Kubitschek und der Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung Martin Sellner. Nach der ersten Veröffentlichung des 'Spiegel' verlor Peter Kurth seine Anstellung als Cheflobbyist der deutschen Recyclingwirtschaft. Er trat zudem als Finanzberater des Erzbistums Berlin zurück.«[1]

Die Regierungskoalitionäre hoffen auf Ablenkung von ihrem Regierungskurs – aber diese Hoffnung sollte nicht aufgehen

Die Koalitionsparteien wollen mit den Protesten die gefürchtete Konkurrenz am rechten Rand schwächen und erhoffen sich, dass der parlamentarische Höhenflug der AfD gestoppt werden kann. Ansonsten haben sie in der Vergangenheit versucht, ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie haben angesichts der zunehmenden Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit die AfD-Forderungen nach einer schärferen Abschottungs- und Abschiebepraxis in ihr Regierungshandeln übernommen. Das Wahlvolk hat es ihnen nicht gedankt; zu stark sind bei ihm die materiellen und finanziellen Nöte, für die es die ungeliebte Regierungskoalition verantwortlich macht. Insofern können die Demonstrationen gegen die AfD kaum von der Unzufriedenheit ablenken, wie sie in den Kundgebungen der Bauern und von Teilen des Mittelstandes oder im Streik der GDL zum Ausdruck kommt. Die gewerkschaftlichen Apparate konnte die Regierung allerdings in ihre außen- und innenpolitischen Pläne einbinden. Solange die Mitgliedschaft dagegen nicht massenweise rebelliert, wird sich daran nichts ändern.

Die medialen Versuche, die Demonstrationen im Interesse der Regierung und/oder der breiten Mitte aller demokratischen Parteien zu vereinnahmen, entsprachen nicht der Realität, wie sie auf den Kundgebungen zum Ausdruck kam. Deren Teilnehmer*innen waren sehr heterogen zusammengesetzt; ihre politischen Anschauungen und Ziele unterschiedlich und kontrovers. Im Vordergrund stand allerdings die Empörung über die Pläne zur Deportation, die auf dem Treffen in Potsdam besprochen wurden. Daraus einen »Aufstand der Anständigen« und der politischen Mitte herbeizuschreiben oder entsprechend zu berichten, zeigt viel über den Zustand des deutschen Journalismus. Viele Beschäftigte in den Medien beugen sich den Vorgaben, die die Herrschenden und ihr politisches Personal ausgeben; oder sie haben diese Erwartungen verinnerlicht, um Kontroversen, Konflikten und Nachteilen für ihre berufliche Stellung in der »journalistischen« Alltagsarbeit aus dem Weg zu gehen.

Die Aktionen in Berlin begannen unmittelbar nach der Veröffentlichung der Recherche von »Correctiv« am 12 Januar. An einer spontanen Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt beteiligten sich 1.000 Menschen. Drei Tage später, am 15. Januar, waren es schon 20.000 Demonstrierende, die sich spontan vor dem Brandenburger Tor eingefunden hatten. Zu den Initiatoren der Aktionen gehörten anfangs beispielsweise »Fridays for Future«, die verschiedensten Initiativen aus dem Bereich der Antifa, z.B. die »Omas gegen Rechts«.

Zu den Demonstrationen am folgenden Wochenende, auch in Berlin, riefen dann die Ampelkoalitionäre und teilweise auch die Union auf, um Einfluss auf den Inhalt und die Ausrichtung der Anti-AfD-Proteste nehmen zu können. Sie wollen verhindern, dass zugleich der Zusammenhang mit der Politik von Regierung und Opposition in Gestalt der Unionsparteien deutlich wird. Dies ist ihnen – was die mediale Berichterstattung betrifft – auch gelungen. Seither gelten die Aktionen aus der angeblich breiten Mitte der Gesellschaft als Symbol für den »Aufstand der Anständigen« gegen den Rechtsextremismus.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus und faschistische Bestrebungen kann auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn die Rolle des Kapitals und der staatlichen Institutionen ausgeblendet bleibt. Dies sollten wir bei zukünftigen Aktionen möglichst breit zum Ausdruck bringen. Denn es ist auch die Politik der bürgerlichen Mitte im Interesse des Kapitals, die der AfD die Wähler*innen in die Arme treibt. Die Gewerkschaftsapparate konnte die Bundesregierung in ihre außen- und innenpolitischen Pläne einbinden. Sie haben kein Interesse sich von der »Gemeinsamkeit der Demokraten« abzuheben, indem sie zugleich die unsozialen und repressiven Beschlüsse der Bundesregierung anprangern. Diese Aufgabe fällt den linken und aktiven Mitgliedern der Gewerkschaften zu.

3. Februar 2024, A.B. ■

21. Januar 2024 in Berlin · Foto Umbruch Bildarchiv / heba

1 Pressemeldung Monitor, 25.01.2014

■ KORRESPONDENZ AUS BREMEN:

»Laut gegen Rechts« – Zwei Großdemonstrationen

Eindrücke von der Kundgebung am 21. Januar 24

Die Kundgebung war kurzfristig von zwei Privatpersonen initiiert worden, die sich über Instagram kennenlernten – ab 14. Januar, eine Woche vor der Kundgebung. Um diese bildete sich über das Internet schnell eine größere Gruppe, die mitmachte.

Zu den Organisationen, die die Kundgebung unterstützten, gehören neben SPD, Grünen und Linken die Gewerkschaften und Clubverstärker und weitere. Die – gespendete – Bühne sollte aber nicht Politiker*innen oder Funktionär*innen überlassen werden, die überall sonst ihre Positionen öffentlich vertreten können.

So blieb es auch dabei, dass auf der Kundgebung weder Parteien- oder Organisations-Verteter*innen sprachen – sondern nur Einzelpersonen der Zivilgesellschaft.

Demo oder Kundgebung? Die größte Versammlung seit 50 Jahren

Viele Menschen haben statt von Kundgebung von »Demo« gesprochen. Tatsächlich bewegten sich die Menschen zu Fuß, mit Fahrrädern oder dem ÖPNV von überall her in solchen Massen Richtung Innenstadt, dass von kleinen Demonstrationen oder Sternmärschen gesprochen werden konnte, bis es weit vor dem Kundgebungsort, dem Domshof, kein Weiterkommen mehr gab. Viele schafften es wegen des überfüllten ÖPNV auch nicht bis dorthin.

Es herrschte schon beim Weg zur Innenstadt bei vielen Menschen das Gefühl, Teil von etwas Großem zu sein. Vor Ort – wo immer das auf dem oder in der Nähe des Kundgebungsortes war – stieg dieses Gefühl noch einmal an. Familien mit Kindern auf den Schultern, Kinderwagen und Rollstuhlfahrer waren mitten im Gedränge. Eine 83jährige Teilnehmerin aus einem entfernteren Stadtteil berichtete nachher stolz in der Nachbarschaft, dass sie zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer Demonstration gewesen sei. Es war die größte Anti-AfD Demo in Bremen.

Wer oder was auf der Bühne gesprochen hat, drang zu den allermeisten Teilnehmer*innen der Kundgebung nur durch, wenn sie es bis kurz vor die Bühne geschafft hatten. Aber es gab immer wieder Sprechchöre, an denen sich die Menge lautstark beteiligte. Am häufigsten: »Alle zusammen – gegen den Faschismus«.

Beeindruckend die große Zahl an großen und kleinen – meist selbst gemalten – Plakaten, wobei nur wenige über Anti-AfD Slogans hinausgingen. Gespräche mit einzelnen Menschen während und nach der Kundgebung ergaben aber, dass sie sich sehr wohl bewusst waren, dass es die Vielzahl der Krisen und die Politik der Bundesregierung ist, die zum Aufstieg der AfD beiträgt.

Auch aus dem Umland hatten sich viele Menschen auf den Weg gemacht – Bremerhaven hatte auf eine eigene Kundgebung an dem Tag verzichtet. Dort wurde eine Woche später demonstriert ebenso wie in Cuxhaven und anderen kleineren Städten im Nordwesten.

Sozialer Charakter der Demonstration am 4. Februar 2024

Für diese Demonstration hatte ein Bündnis aus Basisinitiativen aufgerufen – darunter Gruppen, die Geflüchtete unterstützen, das Bündnis gegen Teuerung oder die Stadtteil-Initiative Solidarisch in Gröpelingen sowie an-

tifaschistische Gruppen. Diesem Bündnis ging es darum, die Probleme der Menschen in Bremen aufzugreifen, die von den vielfältigen Krisen betroffen sind: Wohnungsnot, Teuerung, Energiekrise, Klima, Kriege. Kaum war der Aufruf bekannt, beeilten sich »buten & binnen« sowie der »Weser Kurier« darauf hinzuweisen, dass einige der aufrufenden Gruppen im Bremer Verfassungsschutzbericht auftauchen. Die Basisgruppe Antifaschismus beispielsweise habe eine kommunistische Ausrichtung.

Ob diese Meldungen eine abschreckende Wirkung auf die »Normal«-Bevölkerung haben würden, war bis zum Tag der Demonstration unklar.

Nachdem die Teilnehmerzahl bei der Auftaktkundgebung noch nicht massenhaft schien, schwoll der Demonstrationszug schnell an und führte in einem endlos scheinenden Zug über die Weserbrücke und die Wallanlagen bis zur Bürgerweide. Es waren sichtbar mehr Menschen mit migrantischem Hintergrund dabei als zwei Wochen vorher, aber sonst etwa die gleiche Zusammensetzung aus Einzelpersonen und Familien – die Schilder griffen teilweise die vielfältigen Probleme auf. Auch in den Redebeiträgen drückte sich der Schwerpunkt auf soziale Fragen aus.

Am Ende waren es zwischen 16 000 und 20 000 Menschen, die sich um der Sache willen beteiligten. Und als »buten & binnen« mehrere ältere und offensichtlich bürgerliche Menschen befragte, ob sie sich von den linken Organisatoren vereinnahmt gefühlt hätten, konnte der Interviewer keine Gegensätze feststellen. Trotzdem fühlte sich der »Weser Kurier« bemüßigt, noch einmal nachzutreten, indem er die Auseinandersetzung mit einem Teilnehmer wegen eines tendenziell gegen Geflüchtete gerichteten Plakats an den Anfang seines Berichts stellte.

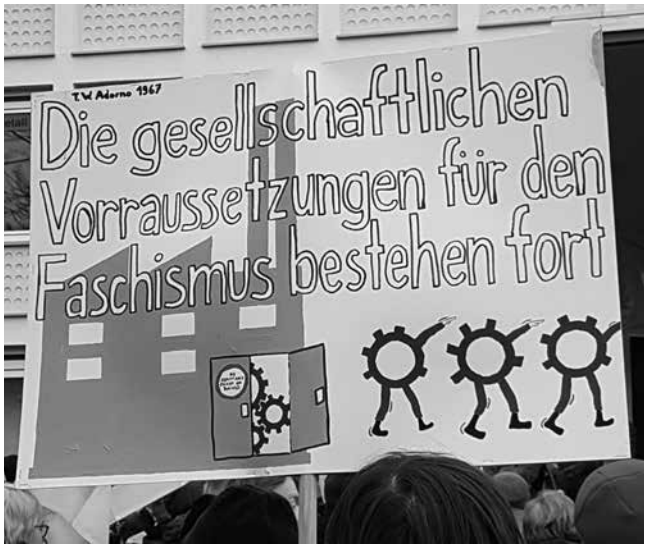
Was aus diesen Protesten folgt und wie es weitergeht, wird davon abhängen, wie die Auseinandersetzung um die Rechtsentwicklung weiter geführt wird. Bedeutsam ist, dass es für viele ganz junge Menschen ein erster Schritt zur Politisierung und für manche bequem gewordene Ältere ein neuer Einstieg ist.

Es könnte wesentlich bedeutsamer sein, dass sich in kleineren Städten und Gemeinden gerade auch in AfD-Hochburgen wie im Osterzgebirge, erstmals Menschen öffentlich in großer Zahl gegen die AfD positioniert und daraus Mut geschöpft haben. *5. Februar 2024, T.B.* ■

■ KORRESPONDENZ AUS DARMSTADT

Bei Planung der Großkundgebung wurde der DGB außen vorgelassen

Die erste Demonstration In Darmstadt fand schon am 11. Januar statt, nur einen Tag nachdem die Recherche von Correctiv veröffentlicht wurde. Aufgerufen hatten die Interventionistische Linke, Gruppen, die in der Asyl- und Flüchtlingspolitik tätig sind, und Aktive von »Fridays for Future«. Kritisiert wurden nicht nur die AfD, sondern auch die etablierten Parteien, bei denen es ja eigene Pläne für erleichterte Abschiebungen gab. Trotz der geringen Zeit für die Mobilisierung folgten 700 Menschen spontan diesem Aufruf. Die große Beteiligung zeigt, dass viele Menschen sehr empört sind über die Abschiebepläne. Die Wahl der AfD gilt in diesem Spektrum pauschal als »Rassismus«. Außerdem wurde der AfD Leugnung des Klimawandels und Feindschaft gegen sexuelle Minderheiten vorgeworfen. Die Frage, woher dieser Rassismus und diese Intoleranz kommt, wird gar nicht erst gestellt. Er wird wohl eher als eine Frage schlechten Charakters gesehen. In diesem Spektrum wird zwar häufig von Kapitalismus geredet, von Klassen aber lieber geschwiegen. So spielt auch die Sparpolitik zulasten der unteren Einkommensschichten keine Rolle.



Eine zweite Kundgebung am 23. Januar wurde dann von ganz oben organisiert. Oberbürgermeister (SPD), Magistrat und die darin vertretenen Parteien (GRÜNE, CDU, Volt) sprachen Institutionen wie die Hochschulen, Kirchen und die IHK an. Bei Planung der Kundgebung wurde der DGB außen vor gelassen. Einige sozialdemokritische Gewerkschaftsmitglieder intervenierten daraufhin bei ihrem Parteifreund im OB-Amt und meinten, dass es nicht angehe, zwar die IHK, aber nicht den DGB einzubinden. IGM, DGB, das »Bündnis gegen rechts« und DIDF organisierten eine eigene Demonstration hin zum Platz der offiziellen Kundgebung. An dieser Demonstration nahmen über 2000 Menschen teil. Die Reden bei der Auftaktkundgebung gaben sich sehr kämpferisch, vor allem in Richtung AfD. Immer wieder wurde die AfD in die Nähe des Faschismus gerückt und die Abschiebepläne der Regierung und der CDU wurden kritisiert. Auch wurde angemahnt, dass es grundlegender, »struktureller Veränderungen« bedarf, was bei den Verantwortlichen in der Politik noch nicht angekommen sei. Das ist wohl als Kritik an der Arbeits- und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte gemeint.

Als der Demonstrationszug vom Gewerkschaftshaus am Ort der offiziellen Kundgebung ankam, war dieser bereits mit 15.000 Menschen gefüllt. Die Rednerinnen und Redner brachten das, was zu erwarten war. »Klare Kante gegen die AfD«, »für rechte Hetzer ist in Darmstadt kein Platz« usw. Die Präsidentin der TU Darmstadt wusste dann noch, wie wichtig Bildung und Wissenschaft sind um die Demokratie zu verteidigen und forderte dafür mehr Geld. Der OB gestand dem DGB dann kurzfristig doch noch eine Rede zu. Dabei soll er aber zur Bedingung gemacht haben, dass eine bestimmte Person (auch SPD-Mitglied) nicht reden dürfe, da er immer so radikale Reden halte und die bürgerliche Mitte verschrecken könne. Darauf ließ sich der DGB ein. Die Rede des DGB-Vertreters unterschied sich inhaltlich kaum von den anderen Reden. Immerhin sagte er, dass die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage auch ein Grund für den Aufstieg der AfD sei.

31. Januar 2024 R./DA ■

■ KORRESPONDENZ:

»Hanau gegen Rechts« am 30. Januar 2024

In Hanau fand am 30. Januar die nun schon in vielen Städten Deutschlands übliche Kundgebung gegen Rechts statt. Mindestens 3000 Menschen sollen es laut Auskunft der Polizei gewesen sein, der (nicht allzu große) Marktplatz war gut gefüllt. Viele Aktivist:innen hat das jedoch enttäuscht: In Hanau hätte mehr drin sein müssen. Veranstalter war der DGB. Unterstützung bekam er vom politischen Spitzenpersonal der Stadt und des Main-Kinzig-Kreises, den Parteien, den Kirchen, der AWO, ferner Gruppen wie »Initiative 19. Februar« und »Bildungsinitiative Ferhat Unvar « (also die Organisationen, die sich der Aufarbeitung der rassistischen Morde vom 19. Februar 2020 widmen), DIDF-Jugend und »Internationaler Jugendverein Hanau« (letzterer ist entstanden aus der Zielsetzung der DIDF-Jugend, Interessenvertretung migrantischer Jugendlichen in Deutschland auf eine breitere Grundlage zu stellen als nur die hier wohnhafte »türkischstämmige« Jugend, die von DIDF angesprochen wird).

Das Publikum auf dem Marktplatz war sehr gemischt. Die Kundgebung lässt sich wohl am besten verstehen durch die Inhalte der Reden, soweit sie in Kürze hier zusammengefasst werden können. Ein »Schönheitsfehler« war natürlich die Einbindung durch die Rede von Oberbürgermeister Kaminsky am Anfang und Landrat Stolz am Ende, denn die hatten schlicht drauf: Hanau steht zusammen, Grundgesetz, Artikel 1 (»Die Würde des Menschen ist unantastbar«), in Hanau ist kein Platz für Nazis (die letzten hessischen Landtagswahlen strafen dies Lügen, die nächsten Europa- und Kommunalwahlen werden uns das ebenfalls mitteilen). Insgesamt gab es acht Beiträge. Die Kundgebung begann um 17.30 Uhr und endete etwa zwei Stunden später.

Aus der von der »Gemeinsamkeit der Demokrat:innen« usw. bestimmten Tonlage stachen wohltuend heraus die Reden von Cetin Gültekin (Initiative 19. Februar), Tobias Huth (Regionsgeschäftsführer des DGB Südosthessen seit dem inzwischen erfolgten Wechsel von Tanja Weigand zur IG Metall, die noch im Juni 2023 die Hanauer Friedenskonferenz mit organisiert hatte, vgl. Arbeiterpolitik 3/2023) und von Berrin und Dennis von der DIDF-Jugend bzw. dem Internationalen Jugendverein.

Cetin Gültekin, Bruder des am 19. Februar 2020 ermordeten Gökhan Gültekin, ging selbstverständlich auf Rassismus und seine mörderischen Folgen ein. Der Mörder von Hanau sei kein Einzeltäter gewesen, sondern durch die AfD und Konsorten ermutigt worden. Insofern habe die AfD am 19. Februar mitgeschossen. Zu deren Idee der »Remigration« sagte Gültekin: »*Vielleicht sollten alle Migrant:innen einmal für zwei Wochen ihre Arbeit niederlegen. Wer kehrt dann die Stra-*

Fototeam Hessen / Rainer Kunze

ßen? Wer holt den Müll? Wer pflegt Alte und Kranke?« Mit diesen Beispielen ist die Bedeutung der Menschen »mit Migrationshintergrund« in einer Stadt wie Hanau natürlich weit untertrieben. Die letzte Statistik mit Stand vom 31.12.2023 weist aus: Deutsche 73528, EU-Bürger:innen 11790, sonstige »Ausländer:innen« 20828 (insgesamt soll es in Hanau 140 Nationalitäten geben), zusammen 106146. Darunter gibt es selbstverständlich in allen drei ausgewiesenen Bevölkerungsgruppen von Hilfs- bis Fachkräften alles, was die Gesellschaft braucht. In einer politwissenschaftlichen Analyse würde man das so darstellen. Aber die Rede von Cetin Gültekin muss verstanden werden aus der Betroffenheit und dem Wunsch, die Verhältnisse anschaulich zu machen und so zu ihrer Veränderung beizutragen.

Am Ende seines Beitrags rief er dazu auf, sich an der zum 17. Februar 2024 bundesweit geplanten Demonstration zum vierten Jahrestag (vorgezogen auf den Samstag) der rassistischen Morde in Hanau zu beteiligen.

Die dritte Rede (nach Kaminsky und Gültekin) hielt Tobias Huth als Veranstalter selbst. Er ließ sich nicht auf das Gerede der »Gemeinsamkeit der Demokraten« etc. ein, sondern beschäftigte sich mit den sozialen und politischen Verhältnissen von einem linksgewerkschaftlichen Standpunkt aus. Er analysierte die Politik der AfD als eine, die genau diejenigen verrät, die sie zu vertreten vorgibt. Er führte u. a. aus:

»Die AfD will eine Partei der kleinen Leute sein. Doch sie vertritt eben nicht die Interessen der Beschäftigten. Weder hat diese Partei Konzepte noch Lösungen für die gesellschaftlichen Krisen des 21. Jahrhundert.

Gute Löhne, sichere Arbeit, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Sicherheit im Alter – das sind zentrale Eckpfeiler für ein sicheres und planbares Leben. Ein finanziell gut aufgestellter Sozialstaat und Gewerkschaften, die die Interessen der Beschäftigten durchsetzen, sind dafür Voraussetzung. Von der AfD haben Beschäftigte jedoch in allen Bereichen nichts zu erwarten.

Dem Anstieg des Mindestlohns auf 12 Euro hat die AfD 2022 im Bundestag nicht zugestimmt, weil ‚die politische Anhebung des Mindestlohns den Markt außer Kraft setze'.

Ob Lohnsteigerungen, Tarifbindung, soziale Sicherheit oder Arbeitnehmer:innenrechte – die AfD bietet keine Lösungen an. Im Gegenteil, sie vertritt in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Belangen eine neoliberale Politik. Die Folge: Weniger Fairness auf dem Arbeitsmarkt und weniger soziale Absicherung für Beschäftigte.

Auch die Ausweitung des Streikrechts, wurde von ihr im Bundestag abgelehnt. Auch mehr Tarifverträgen stellt sie sich in den Weg.

Als im Bundestag während der Corona-Pandemie über eine Sonderprämie für Beschäftigte in sogenannten systemrelevanten Berufen gesprochen wurde, war es die AfD, die das ablehnte. Die Begründung: Es sei unklar, wie das finanziert werden solle. Die AfD war nicht bereit, den großen Einsatz von Verkäufer:innen, Pflegepersonal oder Erzieher:innen während der Pandemie zu würdigen.

Ganz anders agiert die AfD, wenn es um eine Besteuerung von Spitzenverdiener:innen und sehr großen Vermögen geht. Hier stimmen die AfD-Parlamentarier:innen für Steuerentlastungen und gegen jeden Vorstoß, Reichtum stärker zu besteuern. Den Staat und damit auch die sozialen Sicherungssysteme will die AfD finanziell ausbluten: Die sogenannte Schuldenbremse, die in Wahrheit eine Bremse für Zukunftsinvestitionen ist, wird von niemandem im Bundestag so vehement verteidigt wie von der AfD.

Auch bei der Frage nach bezahlbarem Wohnen steht die Partei klar aufseiten der großen Wohnungskonzerne: Jeder Vorschlag zu einer möglichen Mietpreisbremse wurde von ihr im Bundestag abgelehnt.

Zur Rentenfrage hat die AfD auch keine Lösungsansätze. Sie lehnt ein höheres Rentenniveau ab und will es sogar noch weiter absenken. Würde die AfD Millionen Menschen aus dem Arbeitsleben abschieben – wie sie offenbar plant – dann zahlen auch weniger Menschen Rentenbeiträge. Ein sinkendes Rentenniveau wäre bei der AfD zwangsläufig die Folge. Stattdessen sollen nach dem Willen der AfD die Menschen einfach mehr privat vorsorgen. Wie die Beschäftigten sich das leisten sollen, lässt die Partei offen.

Außerdem schließt die AfD nicht aus, alle immer länger arbeiten zu lassen. Für Ärmere mit harter Arbeit bedeutet das eine Rentenkürzung: Sie sterben früher und beziehen daher kürzer Rente, wenn das Rentenalter steigt. Wer früher in Rente geht als mit 67, muss nach dem Willen der AfD weiter hohe Abschläge in Kauf nehmen. Die AfD will außerdem über 15 Milliarden Euro jährlich aus der Rentenkasse plündern, um eine Gebärprämie zu zahlen. Welche Familien eine solche Prämie bekommen sollen, entscheidet sich danach, ob sie der AfD deutsch genug ist.«

Nun könnte hier die Frage kommen: Wie sieht es eigentlich bei etlichen dieser Themen mit den Positionen der CDU/CSU oder der Ampel aus? Das war aber eben nicht die Frage dieses Teils seiner Rede, sondern die Auseinandersetzung mit der AfD. Der Vorzug dieser Themen gegenüber den abstrakten staatspolitischen Reden der kommunalen und kirchlichen Vertreter:innen war die Fokussierung auf die Sozialpolitik. Der Widerspruch zwischen den sozialdemagogischen Verheißungen der AfD und der Realität im Abstimmungsverhalten wurde klar angesprochen, dazu auch immer wieder die Seite, auf die sich alle einigen können: der Rassismus der AfD.

Fototeam Hessen / Rainer Kunze

Aber im zweiten Teil der Rede kam auch zum Ausdruck, dass ein Gewerkschaftssekretär in der Position wie Tobias Huth Konzessionen machen muss an die Differenziertheit der gewerkschaftlichen Basis, an übergeordnete Instanzen im Gewerkschaftsapparat, an bündnispolitische Konstellationen und schließlich die örtliche kommunalpolitische Machtverteilung. Kritik an der Ampel-Regierung fiel daher verhalten aus, aber durchaus hintergründig. Er brachte zunächst einige Forderungen:

»*Was wir viel mehr brauchen, sind gute Perspektiven für alle Menschen. Gute Arbeitsplätze und bezahlbarer Wohnraum. Dafür muss sich auch die Politik ändern. Die neoliberale Schuldenbremse gehört abgeschafft. Sie ist kein Instrument um Schulden zu vermeiden, sondern verhindert Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Wir müssen unsere Kommunen zukunftsfest machen. Wir brauchen das Geld, um die Digitalisierung unseres Gemeinwesens voranzubringen. Wir brauchen das Geld, um die Krankenhäuser in Stadt und Land so gut auszustatten, damit alle Menschen im Krankheitsfall gut versorgt werden können. … Auch hier in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis gibt es zu wenige bezahlbare Wohnungen für Normalverdiener. Weiterhin haben wir große Probleme mit der sozialen Infrastruktur. Viele Menschen, die gern mehr arbeiten würden, können es nicht, da es an Kitaplätzen fehlt.*«

Dann folgte die Kritik an der Regierungspolitik: »*Wenn dann gesagt wird, dafür ist kein Geld da, muss man sich nur die sogenannten Sondervermögen ansehen. Die Milliarden Euro dort dürfen nicht in Aufrüstung, sondern müssen in soziale Projekte gesteckt werden. Das Geld muss dorthin fließen, wo es den Menschen hilft.*

Alle diese Missstände gibt es nicht erst seit zwei Jahren. Deshalb ist es auch falsch, sie alle der aktuellen Regierung anzulasten. Es sind vielmehr seit zwei Jahrzehnten die falschen Prioritäten gesetzt worden.«

Der direkte und offensichtliche Angriff auf die Ampel wurde vermieden durch den Hinweis auf die letzten zwanzig Jahre. Falsch ist das natürlich keineswegs: Mit dem Bezug auf die seitherige Reihenfolge von Rot-Grün, Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb und nochmal Schwarz-Rot sind alle Parteien der »bürgerlichen Mitte« im Boot. Trotz einer gewissen Begrenztheit, die wir feststellen müssen, ist es doch wichtig, dass ein Gewerkschaftsvertreter die Interessen der Lohnabhängigen anspricht statt der abstrakten und vor allem – im klassenpolitischen Sinne, der allein nur unser Maßstab sein kann – unrealistischen »Gemeinsamkeit der Demokraten«.

Bemerkenswert und weitgehend in die gleiche Richtung zielend war auch der Beitrag vom Internationalen Jugendverein, der sich klar und deutlich gegen Sozialabbau, Hochrüstung und Kriegspolitik ausgesprochen hat.

F/HU, 1. Februar 2024 ■

■ KORRESPONDENZ HANAU:

Gedenken an rassistische Morde

Beim diesjährigen vierten Gedenken an die Opfer der rassistischen Morde in Hanau am 19. Februar 2020 kam es zur Zweiteilung der Veranstaltungen. Die Angehörigen, unterstützt von der Initiative 19. Februar, wollten sich die Regie nicht aus den Händen nehmen lassen. Das bedeutete: Möglichst keine Transparente und Aktionen politischer Gruppierungen, keine Vordergrundpräsenz für die Vertreter:innen staatlicher und kommunaler Politik.

Am 19. Februar 2024 selbst gab es daher nur eine stille Gedenkfeier an den Gräbern von Ferhat Unvar, Hamza Kurtovic und Said Nesar Hashemi am Hanauer Friedhof (die Namen der sechs anderen, die anderswo begraben liegen, sind auf steinernen Tafeln genannt). Nur der Imam sprach ein Friedensgebet. Die Politiker:innen -darunter der Oberbürgermeister, der Landrat, der hessische stellvertretende Ministerpräsident und Bundesinnenministerin Faeser- mussten derweil an der Trauerhalle warten, zu der später der Trauerzug ging. Einer der Väter, Armin Kurtovic, machte klar, dass aus seiner Sicht die Politiker:innen gar nichts in der Veranstaltung zu suchen hätten. Faeser gab abseits der Feierlichkeiten zu Protokoll, dass die Migrant:innen in Deutschland sich auf den Staat verlassen könnten, wenn zur Zeit die Sprüche über »Remigration« überhand nähmen – auf den Staat also, der auf solche Bestrebungen bereitwillig eingeht: Das »Rückführungsverbesserungsgesetz«, die »Bezahlkarte« sind nur Beispiele dafür, unerwünschten Asylsuchenden das Leben hierzulande schwerzumachen, anschließend mit dem Finger auf angeblich integrationsunwillige Migrant:innen zu zeigen.

Diesem in Teilen erbärmlichen Schauspiel war am 17. Februar, einem Samstag, eine mächtige Demonstration vorangegangen. Die Angehörigen und die Initiative 19. Februar hatten sie geplant und bundesweit dafür mobilisiert. Sie fiel aufgrund dieses Bezugsrahmens deutlich größer aus als der Anti-AfD-Protest des DGB und der kommunalen Parteien am 30. Januar; die Schätzungen der Polizei und der Medien spannten sich von 5000 bis 8000 Teilnehmer:innen. Der Zug ging vom ersten Tatort am Kurt-Schumacher-Platz zum zweiten am Heumarkt und dann zur Abschlusskundgebung am Marktplatz. Auch in diesem Zug hatten die Veranstalter:innen darum gebeten, keine politischen Transparente mitzuführen. Das mag auf den ersten Blick unverständlich erscheinen. Man sollte jedoch verstehen, dass es sich bei der Gruppe der Angehörigen nicht um eine politische Organisation, sondern um einen Kreis von diesen schrecklichen Ereignissen Betroffener handelt, die zunächst einmal nur dadurch zusammengeführt wurden. Dementsprechend gibt es unter ihnen differenzierte Art und Weise der Verarbeitung, die respektiert werden muss, und unterschiedliche politische Konsequenzen. Die Initiative 19. Februar ordnet sich darin offenbar so ein, dass sie den Angehörigen die Bestimmung des Vorgehens bei diesem Gedenken überlässt.

Der Ärger der Angehörigen über die Politik der Kommunen, des Landes Hessen und des Bundes ist bekannt: Sie bezieht sich insbesondere auf die mangelnde Aufarbeitung der Mordnacht (die Erreichbarkeit der Polizeiwache, der verschlossene Notausgang in der Arena-Bar usw.), die Ermittlung und Bestrafung von Verantwortlichen (»Keine Gerechtigkeit ohne Konsequenzen«) sowie gegenwärtig immer noch den mangelnden Schutz vor der Gefährdung durch den anhaltenden Psychoterror des Vaters des Attentäters vor allem für Serpil Unvar, die eine Bildungsinitiative gegründet hat.[1]

F/HU, 20. Februar 2024 ■

1 Hier noch einmal die Links zu den Artikeln der Arbeiterpolitik über diese Ereignisse: https://arbeiterpolitik.de/2020/04/die-morde-in-hanau-und-ihr-hintergrund/
https://arbeiterpolitik.de/2021/02/gedenken-in-hanau-an-die-rassistischen-morde-vor-einem-jahrdie-angehoerigen-der-opfer-kaempfen-um-aufklaerung/
https://arbeiterpolitik.de/2022/03/gedenken-an-die-rassistischen-morde-in-hanau-am-19-februar-2020kein-vergeben-kein-vergessen/
https://arbeiterpolitik.de/2022/06/erinnerung-gerechtigkeit-aufklaerung-und-konsequenzen/

Wie bereits in den letzten Jahren fanden am 19. Februar 2024 in nahezu 100 Städten lokale Gedenkaktionen statt in Gedenken an Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtovic, Vili Viorel Paun, Fatih Saraçoğu, Kaloyan Velkov und Ferhat Unvar, die vor vier Jahren aus rassistischen Motiven in Hanau ermordet worden sind. In Hanau beteiligten sich 8000 Menschen an der bundesweiten Gedenkdemonstration, in Berlin kamen rund 1.500 Menschen zu der Gedenkveranstaltung am Mahnmal am Oranienplatz. Mehrere tausend Menschen beteiligten sich am Abend an einer vom Migrantifa-Bündnis organisierten Demonstration unter dem Motto: »Die Konsequenz ist Widerstand« durch Neukölln.

Das Foto zeigt die abendliche Demonstration in Berlin-Neukölln und wurde uns vom Umbruch-Bildarchiv zur Verfügung gestellt.

■ ZUSCHRIFT AUS KASSEL:

»Die Ampel muss weg. Schluss mit Kriegstreiberei, Umweltzerstörung und Sozialabbau«

Mein Transparent: »Die Ampel muss weg. Schluss mit Kriegstreiberei, Umweltzerstörung und Sozialabbau, kam in Kassel bei einer größeren Kundgebung »gegen rechts« Anfang Februar nicht gut an. Teilnehmer sagten mir, ich hätte hier nichts zu suchen, solle weggehen und mein Sandwich abnehmen. Ordner teilten mir mit, dass die Veranstalter parteipolitische Äußerungen nicht erlauben würden. Dabei wurden Fahnen geschwenkt u.a. von der SPD. Einzelne Anwesende sagten mir, ich solle aus Kassel verschwinden, beleidigten mich und stellten sich vor mich, damit man den Text nicht lesen konnte. Dann wurde von einem Ordner (dabei war ein ehemaliger Abgeordneter des Landtags in Hessen von der Partei »Die Linke«) Polizei gerufen. Sieben Beamte kamen und zwei empfahlen mir auch, mein Sandwich abzunehmen. Das habe ich nicht gemacht. Warum auch? Später kam einer der Polizisten und sagte mir, ich könne bleiben. Diskussionen waren mit den geifernden Menschen kaum möglich. Kritik an der Ampel-Politik wurde einfach zurückgewiesen. Ich denke, dass etliche Wähler und Unterstützer der Regierung Teilnehmer waren. Die Ampel-Parteien sind Mitinitiatoren von solchen Protesten. Sie nutzen sie, um von ihrer verbrecherischen, kriegstreibenden und unsozialen Politik abzulenken. Antifaschistisch denkende Menschen sollten sowohl die Politik der AfD wie auch die von Ampel und CDU ablehnen. ■

■ DIE LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN:

Alles wie immer. Und doch wird vieles anders

Auf den ersten Blick hat sich nichts bewegt. Eine bürgerlich-konservative Koalitionsregierung mit deutlicher parlamentarischer Mehrheit (CSU, Freie Wähler) war sich vor den Wahlen öffentlich einig, die Regierung in derselben Konstellation weiterzuführen. Nach den Wahlen hat diese Koalition eine wesentlich größere parlamentarische Mehrheit und wird weiterregieren. Zwar plustern sich Söder und Aiwanger noch auf und gockeln um die Details, aber das Ergebnis wird der gemeinsame Koalitionsvertrag sein. Inhaltlich trennt beide so wenig, dass es keinen Richtungsstreit geben kann.

Den Unterschied macht das teilweise erratische Verhalten des Parteiführers Aiwanger (FW). Man denke nur zurück an seine Weigerung, sich gegen Corona impfen zu lassen oder an seine merkwürdige Liebe zu Schneekanonen in Bayern, um den hoffnungslosen Wettbewerb mit österreichischen Skigebieten aufzunehmen.

Solche Eskapaden ließ die CSU-Führung in der letzten Legislaturperiode durchgehen, weil sie ihr zu unbedeutend oder auch etwas zu schmuddelig vorkamen. Doch Söders Kalkül, Aiwanger werde sich als der Clown, den er abgab, selbst demontieren, ging nicht auf. Die Umfragen vor den Wahlen wiesen bereits darauf hin, dass die FW ein zumindest gleichbleibend hohes Wahlergebnis einfahren würden, während Söders Ziel, die Mehrheit für die Alleinregierung zurückzugewinnen, Makulatur war. Die FW hatten die lange geübte Praxis der CSU kopiert und auf die Spitze getrieben. Die CSU verstand es, in Berlin in Regierungsverantwortung zu sein und sich gleichzeitig in München als einzige Opposition gegen die Bundespolitik aufzuplustern. Die FW schafften diesen Spagat jetzt innerhalb Bayerns.

Aiwanger ist bayerische Regierung und Opposition in einer Person, sehr zum Gefallen einer kräftig wachsenden Wählerschaft. Deshalb haben ihm die Skandale (Erdinger Rede über das Zurückholen der Demokratie, Flugblattaffäre in der Zeit seines politischen Erwachens) auch nicht geschadet – im Gegenteil. Er repräsentiert für jeden 6. Wähler (m/w/d) die nötige Distanz zum politischen Establishment wie kein anderer.

Diese Hahnenkämpfe im bürgerlichen Lager könnten der Linken eigentlich egal sein. Doch geht es um wesentlich mehr. Der Stimmenzuwachs der FW geht nicht zu Lasten der CSU, die ihr Landesergebnis von 2018 knapp wiederholt. Und der Zuwachs von über 4% geht auch nicht zu Lasten der AfD, die sogar noch stärker als die FW zulegt. Das konservative bis rechtsextreme Lager in Bayern schnellt von etwa 60% vor fünf Jahren auf 70% hoch, wenn man die christlich-grün-konservative ÖDP und die skurrile Bayernpartei (Wahlkampfparole »Los von Berlin«) dazu addiert.

Aufklärerische, gar linke Politik in Bayern war in der Bundesrepublik immer ein Minderheitsunterfangen, sie ist seit über sechzig Jahren weit von einer Regierungsfähigkeit entfernt. Aber 2023 manifestiert sich diese Verlagerung der Gewichte so deutlich wie nie zuvor. Inhaltliche Gründe, etwa der Streit um bayernbezogene Sachthemen spielen keine Rolle. Alles dreht sich – zumindest an der Oberfläche – um das Thema Migration, um das Thema Klimaschutz und damit um die »Verbotskultur«, die Wähler quer durch alle Klassen in Berlin verorten und die sie in Massen ablehnen. Der (virtuelle) Anteil der Ampelparteien in Bayern sinkt von einem knappen Drittel (2018) auf ein Viertel der Wählerstimmen. Und die SPD darf sich allmählich mit der 5%-Hürde vertraut machen, unter der die FDP bereits locker bleibt. Die LINKE selbst nähert sich den Ergebnissen der DKP in den 1970er Jahren an, auch wenn sie für die Politik in Berlin eigentlich nicht haftbar gemacht werden kann. Plakatierte Sachthemen – Pflegedebakel, Wohnungsmangel, Bildungsnot – sowohl der LINKEN als auch, erstaunlicherweise, der SPD bleiben ohne jede Resonanz im Wahlkampf, sie werden im Hinblick auf das eigene Wahlverhalten völlig ignoriert. Die GRÜNEN haben wie die schwarz-braunen Parteien ihre Plakatwerbung auf Portraitaufnahmen im Großformat und inhaltsbefreite Slogans umgestellt. GRÜN etwa titelt »Herz statt Hetze«, was eher zu einem Kardiologenkongress als zu einem Wahlkampf passt.

Die Rechtsentwicklung, die sich im Ergebnis spiegelt, schlägt also nicht nur in den östlichen, ach so DDR-verseuchten Bundesländern zu. Die ununterbrochene demokratische Grunderziehung im Westen immunisiert offenbar doch nicht gegen rechte Politikangebote. Wenn die Faktoren für die Verunsicherung einer sich als Mittelschicht betrachtenden Wählerschaft überhandnehmen und zugleich der Eindruck entsteht, die Politikverantwortlichen seien den Krisen nicht mehr gewachsen, weitet sich das Spektrum der »wählbaren« Parteien nach rechts. Es ist also nicht so, dass Pflegedebakel, Wohnungsfragen oder Bildungsnot keine Rolle mehr spielen. Die Lösung der multiplen Probleme wird den Regierungsverantwortlichen weniger und weniger zugetraut, das macht rechte, populistische Ansätze so attraktiv.

Eine Besonderheit der Wahlergebnisse soll nicht unter den Tisch fallen. Das Resultat in München weist, vorsichtig formuliert, signifikante Unterschiede zum Landesergebnis auf. So bleiben die GRÜNEN 2023 nur marginal unter ihrem letzten Vergleichsergebnis (fast 31%, mit Spitzen von 44% in München-Mitte), die SPD hält ihr schwaches Ergebnis einigermaßen und kommt auf über 12%. Und sogar die FDP überspringt die 5%-Hürde leicht. Selbst die LINKE schneidet deutlich besser als im Landesdurchschnitt ab. Die »Ampel« kommt, auch wenn sie in München politisch nicht verbunden ist, auf fast 50% und hängt die Rechten (die über 5% zulegen) klar ab.

Gilt also, was über die politische Entwicklung in Bayern gesagt wurde, nicht für die Hauptstadt? Nur zum Teil. Die sozial-grün-liberalen Parteien in München haben eine politische (Erfolgs-)Geschichte über mindestens dreißig Jahre hinter sich. Die Stadt war vor wenigen Jahren noch schuldenfrei, die Gewerbe- und andere Steuern flossen in Rekordströmen, Firmenansiedlungen und Arbeitsplätze waren kein Problem. Das hat das Klima in der Stadt bestimmt und die Substanz scheint der Mehrheit immer noch groß genug zu sein, da sind Störungen durch

bauernaffine Bierzelthelden oder rechte Krakeeler weniger willkommen. Beinahe überflüssig zu erwähnen: Irgendwelche extravaganten Abweichungen vom bürgerlichen Politikbetrieb – Fehlanzeige. Man hat sich also, tolerant, nachhaltig und divers, wie man ist, eingelebt. Noch sind diejenigen, die durch das Raster fallen und sich das Leben in München nicht mehr oder nur unter den erbärmlichsten Bedingungen leisten können, deutlich in der Minderheit. Politisch macht sich die soziale Ungleichheit bisher nicht Luft. Doch spürbare Veränderungen sind auch in der Hauptstadt des »Leben und leben Lassens« möglich, die bayerische Provinz macht es gerade vor.

HE, M., 26. Oktober 2023 ■

■ LANDTAGSWAHLEN IN HESSEN:

Schlappe für die Ampel

Hessischer Landtag im Stadtschloss Wiesbaden
Foto: wikipedia

Die Landtagswahlen in Hessen am 8. Oktober bestätigen den bundesweiten Trend, wie er in diversen Meinungsumfragen auch für den Bund selbst zum Ausdruck kommt. Es war eine krachende Niederlage für die Parteien der Regierungskoalition auf Bundesebene. Hier zeigt sich eine tiefe Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. Diese kam CDU und AfD zugute.

Landesspezifische Themen spielten im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Stattdessen gab es zuhauf völlig sinnentleerte Wahlkampfsprüche. So warb die FDP mit »Feuer und Flamme für Hessen« und diese Flamme scheint bei den Wahlkreiskandidaten der Grünen gezündet zu haben. Auf ihren Plakaten stand »ich brenne für Hessen«. Die SPD versuchte mit einigen Inhalten zu punkten und forderte z.B. mehr Lehr- und Pflegekräfte. Dies hatte eher den Charakter einer Pflichtübung. Denn es dürfte allen klar sein, dass der Mangel in diesem Bereich nicht auf Hessen begrenzt ist, sondern auch in SPD-regierten Ländern existiert. Auch blieb unklar, woher diese Kräfte genommen werden sollten.

Auch die viel diskutierten Themen Energiepolitik und Migration wurden offensiv nur von der AfD vertreten, deren Wahlkampf in Hessen aber kaum wahrgenommen werden konnte. Die hessische CDU verzichtete aus Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner bewusst darauf, in diesen Fragen zu polarisieren. Allerdings konnte sie davon ausgehen, dass die Tiraden von Merz und Söder auch in Hessen gehört werden und der CDU Stimmen bringen.

Die Parteien im Einzelnen:

Die SPD verlor nahezu ein Viertel ihrer Stimmen und hat in ihrer früheren Hochburg nur noch 15 Prozent. Ihre Verluste waren bei Arbeiterinnen und Arbeitern sowie bei Rentenbeziehenden besonders gravierend. Bitter sind diese Verluste auch für die nordhessische SPD, die immer als starke Bastion galt und früher in Kassel und Umgebung viele Direktmandate gewinnen konnte. Die SPD konnte 2023 kein einziges Direktmandat erringen. Die Hoffnungen auf einen Politikwechsel bei einem Teil der Wählenden wurden enttäuscht und die SPD kann bei den Diskussionen innerhalb der Ampelkoalition kein Profil entwickeln. Hinzu kam die klägliche Rolle der Spitzenkandidatin Nancy Faeser. Für sie war der hessische Wahlkampf eine reine Pflichtübung und da sie wahrscheinlich von vornherein nicht an einen Sieg glaubte, trat sie unter der Voraussetzung an, im Falle einer Niederlage als Bundesinnenministerin in Berlin zu bleiben.

Die **Partei der Grünen** verlor etwa im selben Umfang wie die SPD. Die Verluste verteilten sich etwa gleichmäßig auf alle soziale Schichten. In Dörfern und kleineren Städten waren sie überdurchschnittlich groß, während sie in Großstädten trotz Verlusten immerhin noch um die zwanzig Prozent halten konnte. So konnte sie in Darmstadt, Frankfurt und Kassel noch drei Direktmandate holen. Die Querelen um Habecks Heizungsgesetz dürften auch an manchen Wählerinnen und Wählern der Grünen nicht spurlos vorbeigegangen sein. Wie konservativ die Wählerschaft der Grünen mittlerweile ist, zeigt sich daran, dass die Partei die meisten Abgänge in Richtung CDU zu verzeichnen hat (im Saldo minus 67.000). In geringerem Umfang dürfte aber auch die Unzufriedenheit mit den Kompromissen bei der Einwanderung und mit der mangelnden Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen dazu geführt haben, den Grünen keine Stimme mehr zu geben.

CDU + AfD

CDU und AfD sind die eindeutigen Wahlgewinner. Sie konnten Stimmen von allen Parteien hinzugewinnen. Die AfD konnte bei Arbeiterinnen und Arbeitern sechzehn Prozentpunkte zulegen und liegt in dieser Gruppe weit vor der SPD. Obwohl die AfD in Hessen kaum über erkennbare Parteistrukturen verfügt, ist sie damit im Landtag stärkste Oppositionspartei; erstmals in einem westdeutschen Bundesland. Das Auftreten der AfD im Bundestag und ihre Erfolge in Ostdeutschland verliehen ihr auch in Hessen den Ruf, die Probleme radikaler anzupacken als andere Parteien.

CDU und AfD profitierten von der Einwanderung, der Angst vor steigenden Energiepreisen und vor hohen Kosten einer energetischen Gebäudesanierung. Unterstützt wurden sie dabei von rechten Medien (BILD, Welt TV

u.a.) und von polarisierenden Äußerungen aus dem echtskonservativen Lager (Merz, Söder). Ihnen gelang es damit, den innenpolitischen Diskurs deutlich nach rechts zu verschieben.

Die Grünen wurden von der rechten Opposition regelrecht zum Buhmann aufgebaut und vom bayrischen Ministerpräsidenten gar zum Hauptfeind erklärt. Sie wurden nicht nur für Migration und hohe Energiepreise verantwortlich gemacht. Ihnen wurde auch immer wieder vorgeworfen, sie wollten den Menschen vorschreiben, wie sie heizen, wie sie sich fortbewegen, was sie essen und wie sie schreiben sollen. Das verfängt bei Menschen, die Angst vor der Zukunft haben und möglichst keine Veränderungen wollen. Der Aufbau eines solchen Feindbildes kann zu einer Lagerbildung der Wählerschaft rechts der Ampel beitragen.

Wir haben nicht die geringste Veranlassung, die Politik der Grünen zu verteidigen. Sie gehören zu den entschiedensten Kräften für eine Aufrüstung der Ukraine und für die Konfrontation mit Russland. Beim Versuch, die durch den Boykott russischen Gases entstandene Lücke zu schließen, bringt Wirtschaftsminister Habeck weitaus umweltschädlichere und teurere Alternativen zum Einsatz. Der ärmere Teil der Bevölkerung ist davon besonders hart betroffen. Insofern ist die Wut über diese Politik durchaus berechtigt.

Bei der Rhetorik des rechten Lagers geht es aber um mehr. Nach der Zeitenwende in der Militär- und Außenpolitik sollen auch auf anderen Gebieten Reste einer Politik geschleift werden, die von ihm als irgendwie links begriffen wird. In der Kritik an der Energiepolitik der Ampelregierung werden die mit der Klimakrise verbundenen Probleme kleingeredet oder gar geleugnet. Mit der Kritik am »Gendern« wird implizit auch die Förderung der Gleichstellung von Frauen in Betrieb und Gesellschaft in Frage gestellt. Und das wird auch so wahrgenommen. Schließlich wird die AfD von wesentlich mehr Männern als Frauen gewählt.

Wenn es um Einwanderung geht, werden die Flüchtenden als Sündenböcke für die gesellschaftlichen Probleme präsentiert. Ein Nachdenken über ökonomische und politische Ursachen soll so verhindert werden. Natürlich bringt eine massenhafte Zuwanderung für viele Menschen Probleme auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt mit sich. Aber die Rechten können hier nur Scheinlösungen bieten, die Fluchtursachen wie Krieg, Hunger und Umweltkatastrophen ignorieren. Die propagierten Abschiebungen und Asylzentren sind nicht nur unmenschlich, sie bedürfen auch der Mitwirkung anderer Staaten. Daran ist es bisher schon immer gescheitert.

Sonderfall Linkspartei

Die Linkspartei ist die einzige Oppositionspartei im Bund, die aus der Unzufriedenheit mit der Ampelregierung keine Gewinne verbuchen konnte. Im Gegenteil: Ihr Stimmenanteil wurde halbiert (von 6,3 auf 3,1 Prozent) und sie ist damit in keinem Parlament eines westdeutschen Flächenstaates mehr vertreten. In Universitätsstädten konnte sie trotz Verlusten immerhin noch sechs bis sieben Prozent erzielen. In diesen Städten ist die Linke da stark, wo auch die Grünen ihre guten Ergebnisse haben. Wählerschaft wie Mitglieder setzen sich mittlerweile zu einem großen Teil aus einer akademisch gebildeten Mittelschicht zusammen.

Diese Strömungen werden von den Lohnabhängigen nicht als Kraft angesehen, die ihre Probleme lösen könnte. Und umgekehrt kümmern sich viele aus diesem Spektrum nicht um die soziale Frage. So verlor die Partei überdurchschnittlich bei Arbeiterinnen und Arbeitern (von neun auf drei Prozent). 28.000 derjenigen, die bei der letzten Wahl links gewählt hatten, gingen dieses Mal nicht zur Wahl und 15.000 sollen jetzt für die AfD gestimmt haben. Sie dachten wohl, so ihren Protest besser ausdrücken zu können.

Janine Wissler war für viele Jahre die prägende Persönlichkeit der Partei Die Linke in Hessen mit hohem Ansehen auch außerhalb des linken Spektrums. Nach ihrem Abgang konnte die Partei keine gleichwertige Identifikationsfigur aufbauen. Die Niederlage bei den Wahlen dürfte aber hauptsächlich mit dem Erscheinungsbild der Linkspartei insgesamt zusammenhängen. Auf der Führungsebene ist sie in sich zerstritten und die Mehrheit der Parteiführung macht einen sehr zaghaften Eindruck, hat Angst irgendwo anzuecken oder mit der AfD in einen Topf geworfen zu werden. Somit ist sie als oppositionelle Kraft kaum mehr wahrnehmbar und für Viele nicht mehr attraktiv.

29. Oktober 2023 ■

Beiträge und Dokumente zur Diskussion: Der Aufstieg des Rechtspopulismus · Kampf gegen rechts – Aber wie? Die politische Rechte in der Weimarer Republik und die Analysen der KPD-Opposition
Juli 2020 · 3,– Euro · Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik

■ VER.DI MOBILISIERT GEGEN DIE NOVELLIERUNG DES POSTGESETZES

Größte Arbeiterdemonstration seit Jahren

Als am Abend der Landtagswahlen von Hessen und Bayern die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Fernsehanstalten zum Ergebnis interviewt wurden, gaben sie nur einen Grund für die Verschiebungen im Parteienspektrum an. Die »Flüchtlingsfrage« hätte dazu geführt, dass die Ampelkoalition verloren und die konservativen wie rechten Parteien Zugewinne erhalten hatten. Allein der Vertreter der Linken hielt wacker dagegen und meinte, die wirklichen Probleme der Menschen lägen bei der Wohnungsfrage, den prekären Beschäftigungsverhältnissen, dem zu geringen Mindestlohn und der hohen Inflationsrate.

Am nächsten Tag, dem 9. Oktober 2023, wurde offenbar, dass er Recht hatte. Der Fachbereich E von ver.di, der die Beschäftigten aus dem Post-, Speditions- und Logistiksektor organisiert, hatte zu einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor aufgerufen. Erschienen waren 30.000 Beschäftigte der Post aus der gesamten Republik. Kolleg:innen aus den Randbereichen der Republik hatten sich bereits um Mitternacht auf den Weg gemacht, um rechtzeitig in Berlin zu erscheinen. Sie befürchteten, dass die anstehende Novellierung des Postgesetzes ihre Arbeitsplätze gefährden könnte.

Eindrucksvoll war der Auftritt der drei Berliner Niederlassungen. Sie trafen sich bereits drei Stunden vor Beginn der zentralen Kundgebung am Neptunbrunnen nahe des Roten Rathauses. Nach den Reden der Betriebsratsvorsitzenden und der Fachbereich-Vorsitzenden Berlin-Brandenburg, zogen die Beschäftigten überwiegend in ihrer Arbeitskleidung zum Brandenburger Tor.

Worum geht es?

Das aktuelle Postgesetz besteht seit 1998. Es definiert die Bedingungen für den Brief- und Paketverkehr in der Bundesrepublik, definiert die Pflichtleistungen für den Universaldienst und bestimmt, welche Voraussetzungen Unternehmen erfüllen müssen, um eine Lizenz zur privaten Brief- oder Paketbeförderung zu bekommen. Recht streng ist der Briefverkehr geregelt, deutlich liberaler der Paketbereich. Für beide Sparten ist die Post der Universalanbieter. D.h., sie ist verpflichtet, jeden Brief und jedes Paket zur Beförderung und Zustellung anzunehmen, das den standardisierten Vorgaben und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Die Post hat gegenüber den sonstigen Dienstleistern den Vorteil, dass sie für ihre Leistungen keine Umsatzsteuer entrichten muss und ein gesetzlich garantiertes Recht auf Profit besitzt. Die Preise, die die Post für die Beförderung von Briefen und Paketen nehmen darf, werden von der Bundesnetzagentur so kalkuliert, dass das Unternehmen stattliche Gewinne einfahren und an die Aktionäre hohe Dividenden ausschütten kann. Dennoch unternimmt die Post alles, um die Kosten weiter zu senken und Extraprofite zu realisieren. So hat sie die Tariflöhne seit dem Jahre 2000 um über 35% für neueingestellte Beschäftigte gesenkt, Tausende von eigenen Filialen geschlossen und die früher von ihnen angebotenen Leistungen an private Unternehmen wie Lebensmittelläden, Tabakgeschäfte, etc. outgesourct. Ferner hat sie die Leerungshäufigkeit der Briefkästen herabgesetzt und fast alle Immobilien verkauft. Das Personal für den laufenden Betrieb wird so angesetzt, dass Sendungsspitzen, verzögerte Zuführungen oder hohe Krankheitsstände nicht aufgefangen werden können. Zustellverzögerungen von mehreren Tagen sind die Folge.

Gezerre um die Änderung des Postgesetzes

Angesichts drastisch zurückgegangener Briefmengen fordert die Post schon seit Jahren, das Postgesetz den veränderten Bedingungen anzupassen. Nach ihren Vorstellungen sollte die Anzahl der Briefkästen wie die Zahl der Filialstandorte drastisch verringert werden. Sie schlug vor, die Zustelltage für Briefsendungen zu reduzieren und die kostenintensiven Transportaktivitäten einzuschrän-

ken. Bereits 2017 hatte die Bundesregierung versucht, das Postgesetz zu novellieren. Doch nach langen Auseinandersetzungen scheiterte sie, weil sie zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen keinen Konsens herstellen konnte. Kommunen und Länder beharrten auf dem Erhalt eines universellen Postdienstes mit werktäglicher Zustellung und lokaler Präsenz der Post.

Die Parteien der Ampelkoalition verabredeten 2021 in ihrem Koalitionsvertrag erneut ein leistungsfähiges, modernes Postgesetz zu verabschieden, mit dem »sozialökologische Standards« weiterentwickelt werden sollten.

Doch auch jetzt ging es zwischen den einzelnen Interessengruppen hin und her. Die Post war in diesem Durcheinander am besten organisiert und konnte ihre Interessen schnell in den Vordergrund stellen. So fanden sich ihre Vorstellungen im Eckpunktepapier des Wirtschaftsministeriums vom März 2023 wieder.

Ver.di blieb gelassen, schrieb eine Stellungnahme und verfolgte die Diskussion über das Eckpunktepapier von der Seitenlinie aus. Aufgerüttelt wurde der Fachbereich erst, als der ehemalige Fachbereichsvorsitzende Büttner Anfang August 2023 mit einer Online-Petition die Initiative ergriff und im Netz gegen die Novellierung des Postgesetzes mobilisierte. Schnell kam eine fünfstellige Zahl von Unterstützern zustande. Auffällig viele Kommunalpolitiker hatten unterschrieben. Büttner konzentrierte sich nicht in seinem Aufruf auf die Bedrohung der postalischen Versorgung der Bürger.

Da eine Einschränkung der flächendeckenden Präsenz der Post und der Zustellhäufigkeit Folgen für die Arbeitsplätze haben würde, verstärkten sich in der Gewerkschaft die Fragen von Kolleg:innen, was denn ver.di tun werde, um einen Kahlschlag bei der Post zu verhindern.

Für Unruhe sorgte auch, dass die Arbeitsplatzsicherheit im Unternehmen nicht mehr gewährleistet war. Die Tarifverträge zum Rationalisierungsschutz und zum »Ausschluss der betriebsbedingten Änderungs- und Beendigungskündigungen« waren Mitte des Jahres ausgelaufen und vom Unternehmen nur bis Jahresende verlängert worden. Ebenso drohte der schuldrechtliche Vertrag zum Verzicht auf die Fremdvergabe von Zustellbezirken und der Sicherung von Eigenbeschäftigung von Kraftfahrer:innen am Ende des Jahres auszulaufen und ohne Nachfolgeregelung zu bleiben. Schließlich stockten die Verhandlungen über einen Tarifvertrag zu den Arbeitszeitregelungen in der Zustellung. Die Verhandlungen darüber kamen auf Initiative der Post zustande. Einen Abschluss hatte sie mehrmals verhindert, weil sie kurz vor einer Einigung mit einem Katalog neuer unannehmbarer Forderungen aufwartete. Ver.di hatte daraufhin im Herbst 2023 die Gespräche abgebrochen.

Alles gerät in Bewegung

In dieser verfahrenen Situation trat ver.di die Flucht nach vorn an. Nach Ende der Sommerferien mobilisierte der Fachbereich zu einer Großkundgebung nach Berlin. Deklariert wurde dies als außerordentliche Betriebsversammlung von Post und Paket.

Die Kundgebung brach überall die verhärteten Fronten auf. Im Bundestag gab es auf Antrag der Linken eine aktuelle Stunde zum Postgesetz, die alle Parteien zu einer Stellungnahme zwang. Aus ihnen war ablesbar, dass der Reformbedarf der Post als nicht sehr hoch beurteilt wurde. Lediglich die FDP und Teile der CDU wollten eine weitgehende Liberalisierung durchsetzen. Klar war aber auch ihnen, dass mit einer fast vollständigen Abschaffung der Regulierung des Postmarktes eine verlässliche Briefzustellung nicht mehr gewährleistet werden konnte.

Die Post realisierte, dass sie für die im Unternehmen anstehenden Fragen Lösungen anbieten musste, wollte sie nicht Ende des Jahres eine größere Auseinandersetzung mit ver.di um den Rationalisierungstarifvertrag und den Tarifvertrag zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen riskieren. Eine unsichere Situation über das Postgesetz konnte diesen Konflikt dynamisieren und zu einer längeren Zeit betrieblicher Unruhe führen.

Auch den Tarifvertag zur Arbeitszeit in der Zustellung wollte sie zeitnah abschließen. Eine Vereinbarung mit der Gewerkschaft hätte den Vorteil, dass kräftezehrende Auseinandersetzungen mit örtlichen Betriebsräten verhindert werden können wie auch spezielle Regelungen zum Auf- wie Abbau von Arbeitszeitkonten. In Arbeitszeitfragen sind deren Mitbestimmungsrechte relativ stark. Hier deckten sich ihre Interessen mit denen von ver.di. Noch in einem Drittel der Niederlassungen existieren sog. Rahmendienstpläne, die das tägliche Arbeitszeitende von der jeweiligen Zustellmenge abhängig machen. Wer früh mit der Zustellung der Briefe seiner Tour fertig ist, kann nach Hause gehen. Wer länger braucht, muss länger arbeiten. Lediglich die gesetzliche Höchstarbeitszeit von zehn Stunden beendet definitiv die tägliche Arbeitszeit. Überzeiten wurden nur in wenigen Ausnahmen geschrieben. Arbeitszeitkonten gibt es in diesem Model nicht. Dies widerspricht mittlerweile europäischem Recht und deutscher Rechtsprechung. Eine gesetzliche Reglung dazu ist in Arbeit.

Mitte November konnten alle offenen Verträge unterzeichnet werden. Ver.di hatte den Abschluss eines Tarifvertrages zur Arbeitszeitregelung in der Zustellung an eine Verlängerung der Tarifverträge zum Rationalisierungsschutz sowie zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und der Fortsetzung der Vereinbarung zur Fremdvergabe gebunden. Die Verträge zum Rationalisierungsschutz und zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen wurden bis Ende März 2027 verlängert, die Regelungen für die Fremdvergabe in der Zustellung und der Eigenbeschäftigung im Fahrdienst bis Ende 2026[1]. Der Tarifvertrag über die Arbeitszeit in der Zustellung enthält die Arbeitszeiterfassung in allen Niederlassungen, Arbeitszeit- wie Überzeitkonten für alle, und eine Regelung zur Rufbereitschaft an freien Tagen. Sie beträgt maximal zwei Stunden, ist freiwillig und wird vergütet.

1 Die Post behielt sich eine außerordentliche Kündigung des Vertrages jeweils zum 30.06. der folgenden Jahre vor für den Fall, dass das Postgesetz für das Unternehmen in den Bereichen Fahrdienstes und Zustellung existenzgefährdende Regelungen treffen werde.

Die Luft ist raus

Die Post war zufrieden, weil sie jetzt ungestört von gewerkschaftlichen Aktionen ihre Lobbyarbeit für ein Gesetz in ihrem Sinne fortsetzen konnte.

Auch ver.di zeigte sich erleichtert. Die drei Verträge schaffen für einige Jahre Sicherheit für die Beschäftigten. Kündigung und Änderungskündigungen aus betrieblichen Gründen sind ausgeschlossen, Schutzregelungen im Falle von Rationalisierungen oder Betriebsschließungen verlängert. Nunmehr war für den Fachbereich nicht mehr so wichtig, was im Einzelnen im Postgesetz stehen würde. Es blieben lediglich drei Punkte offen, die nach Auffassung von ver.di branchenweit noch geregelt werden mussten, ob durch das Postgesetz oder durch eine Verordnung war nicht erheblich.

Ver.di forderte, dass ein Zusteller Pakete von höchstens 20 kg befördern dürfe, sowie eine Kennzeichnungspflicht für schwere Pakete einzuführen. Außerdem verlangten sie, dass kein Fremdpersonal bei Paketunternehmen wie beim Transport beschäftigt werden dürfe. Die Vergabe von Dienstleistungen an Subunternehmen solle genauso verboten werden wie der Abschluss von Werkverträgen. Damit diese Regelungen im Falle ihrer rechtlichen Durchsetzung auch umgesetzt werden würden, seien sie durch wirksame Kontrollen des Zolls abzusichern.

Die Initiative zu diesem Forderungskatalog ging vom Betriebsrätekongress der Post Anfang November aus. Ver.di übernahm die Punkte und startete eine Online-Kampagne, allerdings mit mäßigem Erfolg.

In dem Referentenentwurf, der Ende November 2023 veröffentlicht worden war, wurden diese Punkte nicht aufgenommen. Auch im folgenden Gesetzesentwurf waren sie nicht zu finden.

In einer Videokonferenz Anfang Januar verkündete die Fachbereichsvorsitzende Kocsis, dass ver.di von weiteren Großaktionen zum Postgesetz Abstand nehmen werde. Der Bestand des Universaldienstes sei durch eine auskömmliche Finanzierung im Gesetz gesichert. Der Fachbereich wolle sich in den kommenden Wochen bis zur Verabschiedung der Novellierung auf die drei für den Paketbereich wichtigen Punkte konzentrieren, durch Ansprache von Bundestagsabgeordneten und sonstige Lobbyarbeit. Diese Aktivitäten schienen erfolgversprechend, da bereits im März 2023 der Bundesrat diese Forderungen unterstützt hatte. Anfang Dezember bekräftigten die Sozialminister:innen der Länder diese Haltung.

Die Laufzeitverlängerung für die Briefsendungen auf zukünftig bis zu vier Tage, die von vielen Kolleg: innen kritisch gesehen wurde, sah die Fachbereichsvorsitzende nicht als konfliktfähig an. In der Gesellschaft wie bei den Bundestagsparteien habe es dazu keinen Aufschrei gegeben. Ohne wichtige Bündnispartner könne man keine Kampagne zur Beibehaltung der alten Laufzeitregelung starten. Auch wenn es derzeit keine konkreten Planung gibt, so droht doch langfristig die Konzentration der Briefbearbeitung auf wenige regionale Briefzentren. Die Spezialmaschinen für die Sortierung der Briefe, die derzeit maximal vier Stunden am Tag eingesetzt werden, können gestaffelt über den Tag mehrere Niederlassungen bedienen. Auch dürften so erhebliche Transportkosten eingespart werden können.

Auch für die Verstaatlichung des Postsektors und die Integration des Unternehmens in ein aktualisiertes Konzept der Daseinsvorsorge sah Kocsis keine gesellschaftliche Basis. Die Haushaltslage des Bundes verhindere einen Aufkauf der Aktien.

Was hat ver.di erreicht?

Ver.di gelang es mit der Mobilisierung zum Postgesetz Zehntausende von Beschäftigten in Bewegung zu bringen. Sie baute ein Drohpotential auf, das ihr half, wichtige Tarifverträge und einen Vertrag so zu gestalten, dass sie für die Beschäftigten keine wesentlichen Nachteile enthalten. Außerdem feierte sie bei den Arbeitszeitregelungen einen kleinen Sieg über einen Teil der eigenen Betriebsräte, die bisher die Beschlüsse von ver.di zur Arbeitszeitfrage ignoriert hatten.

Mehr als die Verteidigung des Status quo ließ sich mit den Mitteln Demonstration, Großkundgebung und Lobbyarbeit nicht erreichen. Die mit der Laufzeit einzelner Verträge verbundenen Aussetzungen tariflicher Regelungen (Kürzung der bezahlten Pausen um eine Minute pro Stunde, Außerkraftsetzung zweier freier Tage im Jahr, Aussetzung der Bezahlung von Überstunden) konnten deshalb nicht rückgängig gemacht werden. Dazu hätte es betrieblicher Aktionen bedurft und einer in der Gewerkschaftsbasis verankerten Konfliktbereitschaft. Die war aber nicht mehr vorhanden, als die Post signalisierte, die alten Verträge verlängern zu wollen.

Und um Einfluss auf das Postgesetz nehmen zu können mangelt es derzeit an einer Kraft, die politische Forderungen der Gewerkschaft aufnehmen und durchsetzen will. Die Privatisierung des Postsektors bleibt so erst einmal bestehen. *H.B., 22.02.2024* ■

■ KORRESPONDENZ: KUNDGEBUNG VOR BRITISCHER BOTSCHAFT

Hände weg vom Streikrecht in Großbritannien

Unter diesem Motto trafen sich am Samstag den 27. Januar 2024 etwa zwei Dutzend Aktivist:innen der Berliner Gewerkschaftsbewegung vor der britischen Botschaft, um ihre Solidarität mit den von der Einschränkung des Streikrechts betroffenen britischen Gewerkschaftskolleg:innen zu bekunden. Diese hatten am gleichen Tag eine zentrale Protestkundgebung in Cheltenham organisiert, zu der sie landesweit mobilisiert hatten.

In Großbritannien steht die Regierung unter dem konservativen Ministerpräsidenten Rishi Sunak unter Druck. Der Austritt aus der EU hat bisher nicht die versprochenen wirtschaftlichen Verbesserungen für die Bevölkerung gebracht. Internationale Kapitalgruppen ziehen sich zunehmend aus Großbritannien zurück und verlagern ihre europäischen Niederlassungen auf den Kontinent. Die restriktive Migrationspolitik hat Millionen von Arbeitskräften aus dem Land vertrieben. Britische Waren sind in den EU-Ländern teurer geworden, weil auf sie nunmehr Einfuhrzölle erhoben werden. Und Importe aus den EU-Ländern sind im Preis drastisch gestiegen, weil auch Großbritannien Steuern auf ausländische Waren erhebt. Hinzu kommen jeweils noch erhöhte Kosten für Grenzformalitäten und längere Transportzeiten. Die Regierung versucht sich der Abwärtsbewegung mit neoliberalen Mitteln entgegenzustellen, mit Steuersenkungen für Unternehmen und der Reduzierung von Lohn- wie Arbeitskosten.

Die Einkommen der Beschäftigten werden auch deshalb gedrückt, weil die Tory-Regierung Großbritannien wieder weltpolitische Geltung verschaffen will. Sie unterstützt mit großen Summen die ukrainische Regierung, schnürt ein Rüstungspaket nach dem anderen, um die Ukraine kampffähig zu halten. Und sie bildet Tausende von ukrainischen Soldaten aus. All dies belastet den Staatshaushalt enorm. Die geringen Spielräume, die ihr noch im Haushalt bleiben, setzt sie für die Förderung von Investitionen der Unternehmen ein. Geld für die Reformierung des maroden Gesundheitssektors, der Sanierung der zerrütteten Verkehrsinfrastruktur oder der Verbesserung der schulischen Bildung bleibt da nicht übrig.

Die Regierung musste schnell zur Kenntnis nehmen, dass die überwiegende Mehrheit der Briten ihren Kurs nicht unterstützt. Ende 2022/ Anfang 2023 kam es landesweit zu einer Welle von Streiks, die nahezu alle Branche erfasste. Da sie nicht bereit war, ihre Politik zu ändern, die Reallöhne weiter sanken und die öffentlichen Dienstleistungen zusammenzubrechen drohten, befürchtete sie, dass sie im Herbst 2023 mit noch heftigeren Streiks in einzelnen Branchen konfrontiert werden würde. Die große Angst bestand darin, dass sich diese zu einen Generalstreik entwickeln könnten, an deren Spitze sich der verhasste TUC mit seinen immer noch 6,5 Millionen Mitgliedern setzen würde. Präventiv beschloss die Regierung im Sommer 2023 das restriktive Streikrecht weiter einzuschränken.

Nach den Gesetzesänderungen sind die Gewerkschaften in den Bereichen Gesundheits- und Bildungswesen, Feuerwehr, Grenzsicherung, Atomenergie und Verkehrswesen zukünftig verpflichtet, einen Mindestbetrieb von 40% (in einigen Branche liegt der noch höher) der normalen Leistung während eines Arbeitskampfes aufrechtzuerhalten, wenn die bestreikten Unternehmen dies von ihnen verlangen. Dies gilt sowohl für staatliche wie private Anbieter. Kommen Beschäftigte der Aufforderung zur Arbeitsaufnahme nicht nach, können sie entlassen werden. Den Gewerkschaften, die nicht kooperieren, drohen existenzgefährdende Schadenersatzklagen.

Britische Gewerkschaften ohne ausreichende politische Unterstützung

Begleitet wird das Anti-Streikgesetz durch eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes. Das im April 2023 verabschiedete Gesetz zielte primär auf die Klimaakivist:innen, die mit ihren unorthodoxen Protestformen eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktionen

durchgeführt hatten. Doch kann es umstandslos auf aktive Gewerkschafter:innen angewendet werden. Diese sind nunmehr explizit verboten. Ferner kann die Polizei in ausgewiesenen Gebieten ohne Verdacht Personenkontrolle durchführen und freiheitseinschränkende Maßnahme anordnen. Straßen und Wege müssen auf Anordnung geräumt werden. Andernfalls drohen Verhaftung und Arrest.

Bei Stagnation der Löhne und galoppierender Inflation bleibt den Gewerkschaften nichts anders übrig, als sich gegen das Anti-Streikgesetz mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren. Die sechs betroffenen Gewerkschaften erklärten, sich nicht an die neuen Streikregeln halten zu wollen. Sie erhielten den Rückhalt des Dachverbandes TUC.

Die Drohung der Gewerkschaften mit einer Eskalation von Konflikten hat ausgereicht, um Ende Januar die Unternehmensleitungen von lokalen Eisenbahnunternehmen davon abzuhalten, das neue Streikrecht anzuwenden. Bei diesem Konflikt hätte das neue Gesetz erstmals umgesetzt werden können. Sie begründeten ihr Verhalten damit, dass eine Dienstverpflichtung der Lokführer zu erheblichem Verwaltungsaufwand geführt hätte.

Die oppositionelle Labour Party verkündete, im Falle einer Regierungsübernahme das Gesetz umgehend zurücknehmen zu wollen, doch tätige Hilfe etwa durch Beteiligung von prominenten Mitgliedern der Partei an Streikposten verweigerte sie. Als Anfang des Jahres 2023 noch vor Verabschiedung des Anti-Streikgesetzes eine Welle von Arbeitsniederlegungen über das Land rollte, verbot die Parteiführung unter dem seit 2020 amtierenden Vorsitzende Starmer allen Funktionsträgern, diese aktiv zu unterstützen. Sie drohte mit Funktionsenthebungen, Mandatsverlusten wie Ausschlüssen und setzte diese Maßnahmen auch durch. Starmer folgt der neoliberale Politik von Blair. Er will Wahlen gewinnen in der Mitte der Gesellschaft. Die Labour Party sieht er nicht als Vertreterin der Beschäftigten und ihrer Interessen. Die Distanz der Gewerkschaften zur Labour Party ist in den letzten Jahren größer geworden, die finanzielle Unterstützung der Partei durch sie stark zurückgegangen.

Nicht zuletzt wegen dieser Erfahrungen aus den ersten Monaten des vergangenen Jahres, bleiben die Gewerkschaften gegenüber den Versprechen Labours skeptisch. In lebendiger Erinnerung ist ihnen eine ähnliche Zusage von Blair geblieben, die er als Oppositionsführer gab. Als er die Wahlen gewonnen hatte, wollte er von seinen früheren Versprechungen nichts mehr wissen. Er nahm nur wenige Streikrechtsverschärfungen der Thatcher-Regierung zurück.

Gegen Einschränkung des Streikrechts bei uns

Mehrere Redner auf der Berliner Kundgebung haben diese Zusammenhänge herausgearbeitet und sie materialreich belegt. Organisiert wurde die Kundgebung von der »AG für ein umfassendes Streikrecht der GEW«, unterstützt von Gewerkschaftsgruppen der IG Metall wie ver. di. Die DGB-Vorsitzende des Landesbezirkes Berlin-Brandenburg Karger richtete eine Grußadresse an die Kundgebung.

Die Sicherung des Streikrechts gewinnt auch für die bundesdeutschen Gewerkschaften an Bedeutung. Die GdL konnte Anfang Januar diesen Jahres mit ihrem fünftägigen Streik nicht nur den Personenfern- wie den Regionalverkehr und die S-Bahnen in den Metropolen Berlin und Hamburg zum Stillstand bringen. Es gelang ihr auch, fast alle Gütertransporte ausfallen zu lassen. Dies führte schon nach mehreren Tagen zu Produktionseinschränkungen bei diversen Großunternehmen.

Kaum war der Streik bei der Bahn ausgesetzt, folgten Arbeitsniederlegungen bei Fluggesellschaften, auf den Flughäfen und im Öffentlichen Nahverkehr. Dies rief Politiker der CDU und der FDP auf den Plan, die eine Beschränkung des Streikrechts für die »kritische Infrastruktur« forderten. Sie fanden in der bürgerlichen Presse wie bei arbeitgebernahen Professoren willige Unterstützer. Einzelne Vertreter der Grünen schlossen sich den Vorschlägen an.

Das Jahr 2023 war nach 2010 das stärkste Streikjahr der letzten Jahrzehnte. Das aktuelle wird kaum zu weniger Konflikten führen. Die kommenden Haushalte des Bundes werden der Finanzierung der Aufrüstung Vorrang geben. Für Einkommenserhöhungen oder Verbesserungen der Transferleistungen wird nichts übrigbleiben. Es drohen sogar erhebliche Kürzungen der Sozialetats. Wollen die Gewerkschaften unter diesen Bedingungen in Tarifrunden Reallohnverluste für ihre Mitglieder vermeiden, werden sie um heftige Auseinandersetzungen nicht herumkommen. Kommt es wieder zu Angriffen der bürgerlichen Parteien auf das Streikrecht wird man dies nur mit einer breiten Mobilisierung der Mitglieder abwehren können. Solidaritätserklärungen und Grußadressen werden dann nicht mehr ausreichen.

H.B., 08. Februar 2024 ■

■ KORRESPONDENZ GEW HAMBURG:

»Rechtsoffen« als Kampfbegriff

Im letzten Jahr entzog der GEW-Vorstand zwei Gruppen, die bisher im Curiohaus, dem Gewerkschaftshaus der Hamburger GEW, tagen konnten, die Raumnutzung. Konkret: Zukünftig müssten diese Gruppen einen Antrag auf eine kostenpflichtige Nutzung stellen, was bei einem Preis von 100,-€ pro Stunde einem Raumverbot gleichkommt. Es geht einmal um das »Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.«, das seit den 80er Jahren als Organ der Friedensbewegung aktiv ist. Zum anderen geht es um das »Jourfixe Gewerkschaftslinke Hamburg «, das seit 2005 versucht, gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe zu unterstützen und politische Bildungsarbeit zu leisten, die in den Gewerkschaften immer mehr brachliegt.

Die Begründung lautete in beiden Fällen, dass beide Gruppen sich nicht genügend nach rechts abgrenzten und deshalb »rechtsoffen« seien. Beim Jourfixe ging es konkret um den Kontakt zu den sogenannten Kunsthal-

lendemos während der Corona-Pandemie, bei denen Tausende wöchentlich gegen die Impfpflicht und weitere staatliche Maßnahmen demonstrierten. Diese Demos seien aber rechts unterwandert oder sogar von rechts gesteuert gewesen. Dem Hamburger Forum wurde u.a. vorgeworfen, dass der Historiker Peter Brandt als Redner auf dem Ostermarsch 2023 auftrat und dass in Forum-Publikationen dem Brigadegeneral a.D. Erich Vad Raum gegeben wurde. Beide veröffentlichten aber auch in rechten Publikationen, seien also selber Rechte. Da Vertreter beider Gruppen diese Vorwürfe vor dem Landesvorstand nicht in dessen Sinne widerlegen konnten, wurden ihnen die Raumnutzung entzogen.

Der Landesvorstand stützte sich in seinen Anschuldigungen auf Informationen, die vom ‚Hamburger Bündnis gegen rechts' an sie herangetragen wurden, aber auch auf Antifa- und Antira-Twitterbotschaften, die namentlich nicht gekennzeichnet waren.

Auffallend ist zum einen der Zeitpunkt der Vorwürfe bzw. des Raumentzugs, zum anderen fällt auf, dass beide Gruppen eindeutig einem linken Spektrum angehören.

Zum Zeitpunkt

Die Vorwürfe gegen das Jourfixe fingen 2022 an, also noch mitten in der Coronapandemie. Die Kunsthallendemos richteten sich gegen die Regierungspolitik, insbesondere die Impfpflicht im Gesundheitswesen und die Schulschließungen. Unzweifelhaft ist, dass diese Demos klassische besorgte Bürgerdemos waren, es dominierten Anthroposophen, Pflegeberufe, Eltern. Das Organisationskomitee schloss ausdrücklich Vertreter rechtsradikaler Parteien aus, die sich dann trotzdem unter die DemonstrantInnen mischten. Die Bezeichnung dieser Demos als »rechts« hatte also das Ziel, die Kritik an der Coronapolitik der Regierung zu diffamieren. Diese Diffamierung griff der GEW-Vorstand auf, indem er nicht die Kritik an der Impfpflicht und den Schulschließungen als falsch bezeichnete, sondern den Kontakt zu den Regierungskritikern als »rechts« abstempelte.

Beim Hamburger Forum kam die Kritik nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine auf. In seinen Veröffentlichungen bezeichnete das Hamburger Forum den russischen Angriff als völkerrechtswidrig, ging aber auf die Vorgeschichte des Angriffs und auf die Rolle der NATO als Eskalationstreiber ein. Dies rief zum ersten Mal beim Ostermarsch 2022 KritikerInnen aus der Linken, Grünen und SPD auf den Plan, die sich vom Aufruf des Hamburger Forums distanzierten und zu einer eigenen Kundgebung aufriefen. Wenig später griff diese Kritik der GEW-Vorstand auf, kritisierte aber nicht die Haltung zum Krieg, sondern bezeichnete die Gruppe als »rechtsoffen«, weil sie Stimmen Raum gebe, die sich auch in rechten Organen äußerten. Auch hier wieder dieselbe Methode: Mit der Kritik an der Regierungspolitik setzt man sich nicht inhaltlich auseinander, sondern diffamiert die Kritiker als rechtsoffen.

Der jeweilige Zeitpunkt ist bezeichnend: Es geht um Kritik an der Regierungspolitik, die mit dem Label »rechts« versehen wird. Unterstellt wird dabei, die Regierung aus SPD, Grünen und FDP sei eine linke Regierung. Dann muss die Kritik daran logischerweise rechts sein. Friedenspolitische und linke, klassenkämpferische Aktivitäten sind dann eben auch rechts. Anstatt politischer Praxis mit und für die KollegInnen gegen die massiven Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen, die überhaupt nur das Abwandern nach rechts verhindern kann, werden Grenzziehungen und Bekenntnisse verlangt.

Auf einer Veranstaltung am 10 Januar im Curio-Haus zu diesem Thema erinnerte ein Diskutant an die »Burgfriedens-Politik« von SPD und Gewerkschaften im 1. Weltkrieg. Als Gegenleistung für die Anerkennung der Gewerkschaften hatten diese die Kriegspolitik der Reichsregierung unterstützt. Zu Beginn des Ukraine-Kriegs lud Scholz die Gewerkschaften ins Kanzleramt ein und vereinbarte dort den Deal: Ihr unterstützt den Kriegskurs, ich sorge dafür, dass es keinen Sozialabbau gibt. Diesem modernen Burgfriedenskurs scheint die Hamburger GEW zu folgen.

Reaktionen

Widerspruch gegen diese Politik des Vorstands äußerte sich bisher fast ausschließlich aus dem Kreis der RuheständlerInnen, also den schon aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen KollegInnen. Das spießt auch die Redaktion der hlz, der Zeitschrift der GEW-Hamburg, in einer hämischen Bemerkung auf: »*Diese Auseinandersetzung wird seit einiger Zeit zum Konflikt innerhalb der GEW dadurch, dass -gegenüber 10.000 Mitgliedern – zwei, drei Handvoll Personen mit Mitgliedschaft auch in diesen Gruppen aktiv sind oder mit ihnen sympathisieren*« und der Konflikt dann »*in Gremien, auf Gewerkschaftstagen, in der Betriebsgruppe Ruheständler*innen – an die Oberfläche kommt.*« (hlz 11-12/2023) Tenor: Es geht um einige hochbetagte Querulanten, die Mitglieder stehen abseits. Tatsächlich stehen die Mitglieder auch abseits, aber nicht weil sie aktiv sind, sondern weil sie passiv sind, unpolitisch, ängstlich, weil alle Betriebsgruppen, die es noch vor 20 Jahren zahlreich gab, eingeschlafen sind. Statt also die Mitglieder in einer politischen Auseinandersetzung zu schulen, werden die noch politisch Bewussten diffamiert.

Allerdings gibt es gerade innerhalb der ›Jungen GEW‹ einige aktive Kolleginnen und Kollegen, die den ›Kampf gegen rechts‹ mit großer moralischer Betroffenheit führen. Es gibt Wochenendworkshops, wo Aktionen gegen rechts (Stammtischkämpfer:innen-Ausbildung) geplant werden. Auch im ›Hamburger Bündnis gegen rechts‹ arbeiten eine Menge GEWler mit. Der Stammsitz der GEW-Hamburg, das Curio-Haus, müsse ein Ort bleiben, wo für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kein Raum sei. Auf diese Gruppen scheint sich der Landesvorstand mit seinen Raumverboten zu stützen.

Bei den Ruheständlern hingegen ist noch die Erinnerung an die Berufsverbote in den 70er Jahren wach, weshalb es dort ein Gespür für Zensur und Gesinnungsprüfung gibt. Damals folgten die Gewerkschaften den Berufsverboten gegen die studentischen Linken mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Mit den Beschlüssen des Hamburger GEW-Vorstands gehen möglicherweise die Unvereinbarkeitsbeschlüsse staatlichen Repressionen voraus.

8. Februar 2024 ■

■ DOKUMENTIERT

Die Wut der israelischen Linken (von Ilan Pappé)

Wir dokumentieren im folgenden einen Artikel von Ilan Pappé, der zuerst unter dem Titel »The Righteous Fury of the Israeli Left« im 'Palestine Chronicle' vom 16. November veröffentlicht wurde. Ilan Pappe, geboren 1954 in Haifa, ist ein israelischer Historiker, Autor und Professor an der Universität Exeter. Pappe wird zur Gruppe der Neuen israelischen Historiker gezählt. Er gilt als Befürworter einer »Ein-Staat-Lösung« im israelisch-palästinensischen Nahostkonflikt.

Es gibt keinen Mittelweg mehr. Es gibt keine Möglichkeit, den liberalen Besatzer, den progressiven ethnischen Säuberer und den linken Völkermörder zu unterstützen.

Es ist schwer, über irgendetwas zu schreiben, das nicht darauf abzielt, die Menschen über den stattfindenden Völkermord zu informieren und unsere Stimme denen zu geben, die alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihn zu stoppen.

Dieser Gedanke wird durch so tragische Schätzungen wie die jüngste Erklärung der Weltgesundheitsorganisation, dass alle zehn Minuten ein Kind durch das israelische Militär in Gaza getötet wird, noch verstärkt.

In diesen dunklen Zeiten kann man jedoch nur aus der riesigen und wachsenden Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt etwas Hoffnung schöpfen. Diese Bewegung lässt sich nicht durch die Panikmache von Regierungen und Politikern einschüchtern und setzt sich für einen sofortigen Waffenstillstand ein.

So schrecklich dieses Kapitel in der Geschichte des modernen Palästinas auch ist, so ist es doch leider kein Game Changer.

Die Grundkonstellation der Mächte – auf lokaler, regionaler und globaler Ebene – wird sich nicht ändern.

Eine größere Veränderung könnte sich ergeben, wenn sich der Kampf auf einen Aufstand im Westjordanland und innerhalb Israels ausweitet und die Fronten im Osten und Norden Israels eröffnet werden. Während dieser Artikel geschrieben wird, ist dies noch nicht geschehen.

Die politischen Eliten des globalen Nordens und einiger Länder des globalen Südens werden Israels verbrecherischer Politik vor Ort weiterhin internationale Immunität gewähren. Und ihre Zivilgesellschaften werden im Großen und Ganzen weiterhin hinter der palästinensischen Befreiungsbewegung stehen.

Vor Ort wird das militärische Ungleichgewicht zwischen Israel und den Palästinensern – trotz des Überraschungsangriffs – bestehen bleiben, und etliche arabische Staaten werden den Normalisierungsprozess schließlich fortsetzen.

Auch der Kampf in Israel zwischen den messianischen Siedlern und den säkularen Juden, die um ihre eigene Version der Apartheid kämpfen, wird weitergehen.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich mich auf die Art und Weise konzentrieren, wie liberale Zionisten, vor allem durch die Zeitung Haaretz – aber auch mit Unterstützung liberaler Zionisten in der ganzen Welt – loyal hinter Israels Aktionen stehen. Diese unverständliche Logik spiegelt sich auch in der Art und Weise wider, wie die westlichen Mächte ihre Immunität gegenüber jeglicher Rechenschaftspflicht in Bezug auf den Völkermord in Gaza rechtfertigen.

Einer nach dem anderen veröffentlichen die wichtigsten Sprecher der zionistischen Linken täglich Meinungsbeiträge in Haaretz, in denen sie ihrem gerechten Zorn gegen das, was sie die Globale Linke nennen, Luft machen.

Es lohnt sich, ihre Wut zu analysieren, und sei es nur, um uns einmal mehr vor Augen zu führen, warum es nur wenig Hoffnung auf Veränderungen innerhalb Israels gibt.

Die zionistische Linke in der Schwebe

Die zionistische Linke in Israel befindet sich in einem Schwebezustand.

Einerseits wird sie von der jüdischen Gesellschaft geächtet, weil sie im besten Fall naiv ist und im schlimmsten Fall des Verrats bezichtigt wird. Dies ist eine Reaktion auf ihre Unterstützung für die Zweistaatenlösung und die Forderung nach Beendigung der Besatzung. Diese Entfremdung ist nach den Ereignissen des 7. Oktober natürlich noch größer geworden.

Andererseits werden sie zu Recht nicht als echte Verbündete des palästinensischen Befreiungskampfes angesehen.

Die größte Hoffnung der israelischen Linken war, dass die Globale Linke, wie sie sie nennt, die gleiche Sprache und Haltung gegenüber der Hamas-Operation vom 7. Oktober einnehmen würde, nämlich bedingungslos hinter Israel zu stehen.

Die israelische Linke war empört darüber, dass in den Augen der Globalen Linken die Hamas-Operation Israel weder von seiner verbrecherischen Politik der Vergangenheit freisprach noch Israel grünes Licht für seine völkermörderische Politik im Westjordanland und im Gazastreifen gab.

Zu ihrer großen Überraschung schloss sich die Globale Linke in ihrer Gesamtheit dem Aufruf »Stoppt den Krieg« und »Befreit Palästina« an, anstatt sich der wiederholten Antwort ihrer Regierung anzuschließen: »Wir unterstützen Israels Recht, sich selbst zu verteidigen«.

Israel und der Kolonialismus

Am aufschlussreichsten – in dem Dialog, den die liberalen Zionisten auf den Seiten von Haaretz mit sich selbst führen – ist ihr bösartiger Angriff auf jeden, der Kolonialismus mit Israel in Verbindung bringt.

Aus irgendeinem Grund haben sie Judith Butler als Hauptschuldige auserkoren, was viele von uns enttäuschen würde, da wir unsere Karriere der Darstellung des

Demonstration gegen den Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung des Gaza-Streifens am 4. November 2023
Wir danken dem Umbruch-Bildarchiv, das uns die Fotos zur Verfügung stellte. (umbruch-bildarchiv.org)

Zionismus als Siedlerkolonialismus gewidmet haben, was wahrscheinlich bis in die 1960er Jahre zurückreicht.

Tatsächlich ist die Einordnung des Zionismus und Israels als siedlungskoloniales Projekt heute unter allen führenden Nahostwissenschaftlern Konsens, und nur in der israelischen Wissenschaft wird sie als korrektes Paradigma abgelehnt.

Die Globale Linke hat sich in den Augen der liberalen Zionisten zweier »Sünden« schuldig gemacht: Erstens bezeichnet sie Israel als einen Siedler-Kolonialstaat und zweitens liefert sie einen Kontext für den Hamas-Anschlag vom 7. Oktober.

Kein Mittelweg

Diese Selbstgerechtigkeit und Wut ist nicht nur typisch für die zionistische Linke. Man hört es auch von Schauspielern in Hollywood, Journalisten und Mainstream-Akademikern im globalen Norden, die plötzlich Stellung beziehen müssen: Sind sie für die Befreiungsbewegung oder gegen sie?

Es gibt keinen Mittelweg mehr. Es gibt keine Möglichkeit, den liberalen Besatzer, den progressiven ethnischen Säuberer und den linken Völkermörder zu unterstützen.

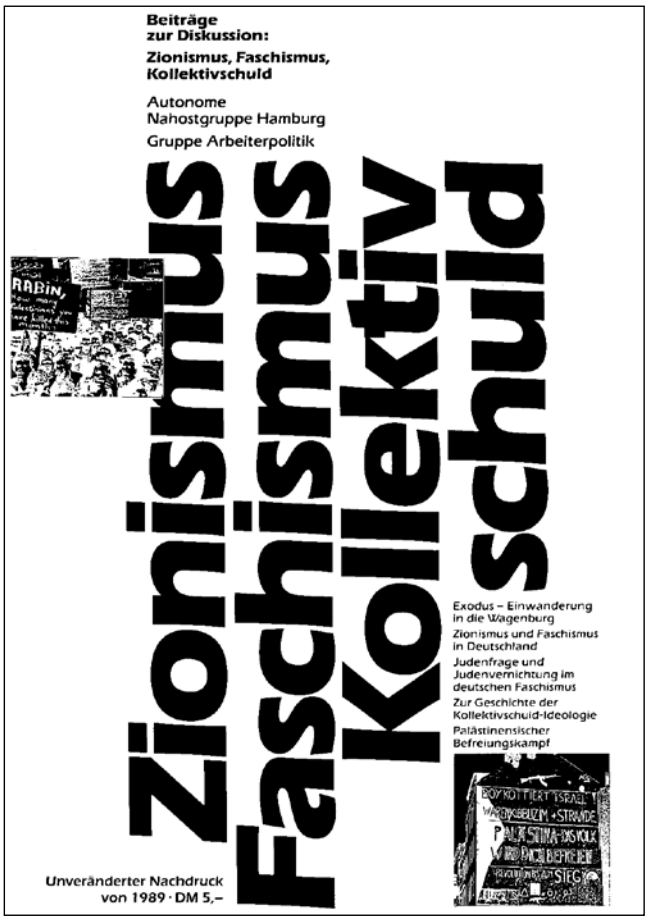
Der Versuch, die von mir geforderte Position als rassistisch oder antisemitisch darzustellen, ist nicht zielführend. Es geht darum, wo man sich selbst an diesem kritischen Punkt der Geschichte sieht und wie man sein eigenes Selbstwertgefühl einschätzt.

Zumindest erschien letzte Woche ein kleiner Hoffnungsschimmer an meinem Horizont. Ein Geschichtslehrer einer High School in Israel wurde am 10. November verhaftet, weil er in den sozialen Medien den Kontext der Hamas-Anschläge erwähnt hatte.

Im Gegensatz zu den verlorenen Seelen der liberalen israelischen Linken erinnerte dieser mutige Lehrer seine Schüler an die Gräueltaten, die Israel im Laufe der Jahre begangen hat, an das Recht der Palästinenser, sich selbst zu verteidigen, und an die Notwendigkeit für Israel, das Völkerrecht zu respektieren.

Eine solche Ansicht ist in Israel ein Verbrechen, und nun möchte das britische Innenministerium sie auch in Großbritannien zu einem Verbrechen machen.

Dies ist in der Tat die Zeit für Menschen mit Zivilcourage, denn der Kampf für Freiheit und Befreiung wird langwierig sein und braucht solche Verbündeten, die ihn unterstützen.



■ DOKUMENTIERT: DIE GEMEINSAME REDE VON IRIS HEFETS UND NADIJA SAMOUR GEHALTEN AM 25. 11. 2023 AUF DER GROSSEN ANTI-KRIEGS-DEMONSTRATION IN BERLIN

Iris:
Guten Abend!

Vor 21 Jahren habe ich meine Familie aus Israel zur Auswanderung nach Berlin gezwungen. Sie waren damit unglücklich, ich sah aber keine Zukunft in einer zunehmend militaristischen Gesellschaft.

Kurz darauf war ich auf der Straße mit Hundertausenden aller Couleur in Berlin, die gegen den Krieg im Irak demonstrierten. Als Israelin mit so vielen Menschen zusammen gegen den Krieg zu protestieren, ich dachte wirklich, dass ich mitten in einem Traum gelandet bin.

Das war Deutschland 2003, in dem Nationalismus, Militarismus und Krieg noch umstritten waren. Ein Deutschland, in dem auch noch viele Menschen aus eigener Erfahrung wussten, was Krieg bedeutet.

20 Jahre später werden Menschen, die zum Waffenstillstand aufrufen, als Putin-Versteher und Hamas-Unterstützer denunziert. Das macht Angst.

Nadija:
Ja – 20 Jahre später leben wir in einem Deutschland, in dem die bedingungslose Solidarität mit Kriegsverbrechen und Genozid Staatsräson ist, und in dem Palästinenser:innen und ihre Unterstützer:innen de facto keine Grundrechte mehr haben.

Ich möchte uns alle daran erinnern, was gerade im Gaza-Streifen passiert, denn es scheint so, als würden die deutschen Medien versuchen, das unermessliche Leid, verursacht durch die israelische Kriegsmaschinerie, mit der vollsten Unterstützung der USA und der EU, zu verzerren und zu leugnen. Während wir hier stehen, wurden mehr als 14 800 Menschen ermordet, die Hälfte von ihnen Kinder. Mehr als 6800 Menschen liegen noch immer unter den Trümmern zerstörter Wohnhäuser und Schulen. 1,7 Millionen Menschen sind auf der Flucht, das sind 77 % der gesamten Bevölkerung eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Und dabei stellt sich die Frage: Wohin sollen sie denn fliehen? Denn der Gaza-Streifen ist nicht nur seit Jahrzehnten belagert und besetzt, sondern ist auch noch seit Anfang Oktober komplett abgeschnitten von Treibstoff, Strom, Wasser und Nahrungsmitteln, ohne dass die internationale Gemeinschaft etwas unternommen hätte, um Leben zu retten. Fast 100 Journalist:innen sind im Gaza-Streifen und im Westjordanland von der israelischen Armee ermordet worden. Medizinisches Personal, Krankenhäuser und Ambulanzen, Schulen, Flüchtlingslager, Moscheen, Kirchen – alles wird bombardiert und zerstört, und dann wird auch noch behauptet, die Opfer seien selbst schuld, weil sie sich angeblich mit der Hamas gemein machen würden.

Aber die bedingungslose Solidarität mit Kriegsverbrechen und Genozid hat in Deutschland nicht erst seit Oktober die Politik bestimmt. Die Normalisierung und die vollste Unterstützung mit Wort und Tat von israelischem Siedlungskolonialismus, von Apartheid und von Militärbesatzung der palästinensischen Gebiete hat ja gerade Deutschland den Weg dahin geebnet, wieder als Großmacht in der Weltpolitik mitmischen zu können.

Iris:
Nach dem letzten Weltkrieg musste sich Deutschland rehabilitieren. Weil die Deutschen mit den direkten Opfern nicht sprechen konnten, weil sie entweder von ihnen ermordet waren oder, wenn sie entkommen konnten, von Deutschland nichts mehr wissen wollten, wurde ein passendes Ersatzobjekt für die Wiedergutmachung gefunden: der israelische Staat.

Das war eine gute Lösung für alle Beteiligten. Adenauer konnte weiter mit alten Nazis Deutschlands Wiederaufbau betreiben. Ben Gurion, der für die erste ethnische Säuberung in Palästina verantwortlich war, erhielt dringend benötigtes Geld. Eine Hand wäscht die andere.

Es waren vor allem zivile Initiativen, die in Deutschland die öffentliche Auseinandersetzung mit tief sitzendem Antisemitismus und den begangenen Verbrechen angestoßen haben. Beispielhaft seien Projekte wie die Stolpersteine oder die Orte der Erinnerung im Bayrischen Viertel genannt.

Die deutsche Politik hat dann diese moralische Goldmine entdeckt, hat »die Juden« als Objekt der Wiedergutmachung gewählt und Israel als seine Repräsentanz. Aus »den Juden«, die fast vernichtet wurden, weil sie für das »das Böse« standen, sind »die Guten« geworden. Sehr bequem.

Der Zentralrat der Juden repräsentiert heute weniger als die Hälfte der etwa 200.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland. Noch zu Zeiten von Heinz Galinski und Ignaz Bubis kooperierte er mit anderen Minderheiten und solidarisierte sich mit ihnen – heute wird er vom deutschen Staat großzügig finanziert und gegen Muslime instrumentalisiert.

In den 30er Jahren haben auch viele deutsche Jüdinnen und Juden den gegen sie gerichteten Rassismus verleugnet und waren sicher, dass die Deutschen »nur« etwas gegen Ostjuden haben und dass sie geschützt werden, weil sie im ersten Weltkrieg für Deutschland kämpften. Wenn es heute gegen Muslime geht, wird es morgen auch wieder gegen Juden gehen.

Nadija:
Gleichzeitig hat Deutschland die Palästinenser:innen zu Staatsfeinden erhoben, und all die barbarischen Eigenschaften wie Antisemitismus, Frauenhass, Queerphobie usw. werden auf sie projiziert. Die Schaffung dieses Feindbilds dient einem deutschen Nationalismus, der wieder wer in der Welt sein will. Israel dient dabei dem Zur Schau Stellen eines Ersatznationalismus. Ein geläutertes Großdeutschland, das seine tödlichen Grenzen aufrüstet, mit Massenabschiebungen droht, rassistische Ausschlüsse durch die Verschärfung des Aufenthalts- und Einbürgerungsrechts produziert und jeglichen Widerstand dagegen mit Polizeigewalt, Demonstrationsverboten und Diffamierungen zu verhindert versucht. Ein geläutertes Großdeutschland, das seinen Standortnationalismus an Rüstungsexporten misst, während es meint, mit seinem Werteimperialismus eine reine Weste bewahren zu können.

Iris:
Es fehlt an zivilem Widerstand gegen diese erschreckenden totalitären Tendenzen, die unter dem Deckmantel des »Kampfs für die westlichen Werte« in der Ukraine oder dem des »Kampfs gegen Antisemitismus« erkennbar sind.

Dabei ist der Zusammenschluss Adenauer-Globke-Ben-Gurion-Ethnische Säuberung heute in der Form von Scholz-Habeck-AfD-Netanyahu-Genozid in Gaza lebendig oder, besser gesagt, tödlich.

Wir erleben die Zuspitzung einer Entwicklung, die vor geraumer Zeit einsetzte: Ilan Pappe (Israel), Norman Finkelstein (USA) oder Hajo Meyer (Deutschland), alle drei Juden und Überlebende des Holocaust beziehungsweise deren Nachkommen, wurden schon vor Jahren von der Stadt München, der Trinitatiskirche in Berlin und der Heiliggeistkirche in Frankfurt, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach anfänglichen Zusagen wieder ausgeladen, beziehungsweise ihnen wurden versprochene Veranstaltungsräume verwehrt. Die genannten Institutionen gaben damit dem Druck sich pro-israelisch gebender Kreise nach, da Finkelstein, Pappe und Meyer die israelische Politik scharf kritisieren und deshalb als »Antisemiten« denunziert wurden.«

Diese Säuberungsaktionen des Staates werden nicht zuletzt durch vermeintlich progressive Akteure – nicht die AfD oder andere braune Organisationen – umgesetzt. Und dabei werden Kinder und mittlerweile Enkelkinder von Holocaustüberlebenden von deutschen, vorgeblich »judenfreundlichen« Politikern belehrt, was Antisemitismus ist.

Das deutsche Grundgesetz wird entleert, wenn der Bundestag Gesetzgebung durch »Resolutionen« ersetzt. Die Anti-BDS-Resolution des Bundestages, die von der AfD bis zur Linken fast ausnahmslos unterstützt wurde, war ein alarmierendes Zeichen. Die Abgeordneten wussten, dass deren Inhalt als Gesetz keine Chance hatte, weil der Beschluss gegen das im Grundgesetz verankerte Recht auf Meinungsfreiheit verstieß. Das Perfide ist, dass gegen eine solche Resolution juristisch nichts zu unternehmen ist, weil sie juristisch nicht bindend ist. Jetzt droht uns eine weitere Resolution unter der Überschrift »Jüdisches Leben in Deutschland schützen«. Wer danach noch Israel kritisiert, also sich des sogenannten israelbezogenen Antisemitismus schuldig macht, riskiert, nicht eingebürgert oder abgeschoben zu werden. Die AfD muss gar nicht mehr an die Regierung kommen. Ihre ausländerfeindliche Agenda wird schon umgesetzt.

Nadija:
Als Anwältin, die viele Mandate aus der palästinensischen Gemeinde erhält, kann ich berichten, dass uns anti-palästinensische und anti-jüdische Repression, wie sie Iris beschreibt, seit vielen Jahren sehr gut bekannt ist. Menschen verlieren ihre Arbeit und ihr Aufenthaltsrecht, Kunst- und Kulturinstitutionen verlieren ihre Förderung, Polizeigewalt gegen Demonstrierende wird bejubelt, es herrscht eine erschreckende Stimmungsmache in den Medien und auch ein generelles Klima der Einschüchterung. Doch seit Oktober erleben wir all dieses mit einem Ausmaß, das selbst ich nicht habe kommen sehen. Alleine in Berlin sind im Oktober per Allgemeinverfügung alle Palästina-Demonstrationen pauschal verboten worden. Die pro-israelischen Jubel-Demos, organisiert durch den Staatsapparat, fielen natürlich nicht unter dieses Verbot. In Neukölln, ein arabisch geprägter Arbeiterkiez, beherrschte die Polizei die Straßen in einem Klima der Straflosigkeit. Arabisch aussehende Menschen wurden willkürlich auf der Straße angehalten, durchsucht und registriert. Schulkinder wurden Disziplinarmaßnahmen und Gewalt durch Lehrer:innen ausgesetzt, weil die Berliner Schulsenatorin die Kufiya oder andere palästinensische Symbole verbieten wollte. Und wir haben es nun mit tausenden – wirklich tausenden Gerichtsverfahren gegen Menschen zu tun, die ihr grundrechtlich verbrieftes Versammlungsrecht wahrnehmen wollten. Aber – wir müssen es klar und deutlich sagen: es waren die täglichen, unbeugsamen Versammlungen auf der Sonnenallee und in anderen Teilen der Stadt, die es letztlich schafften, die Demonstrationsverbote zu durchbrechen. Es war die Solidarität zehntausender Berliner:innen und Internationalist:innen, die das Existenzrecht von Palästinenser:innen erkämpft haben. Auch heute, hier auf dieser Demonstration ist es wichtig, Solidarität mit dem palästinensischen Volk laut und deutlich einzufordern. Und warum? Das sagt uns einer der bekanntesten palästinensischen Intellektuellen, Edward Said. Er sagte: »*Denken Sie an die Solidarität mit dem palästinensischen Volk hier und überall in Lateinamerika, in Afrika, Europa, Asien und Australien, und denken Sie auch daran, dass es eine Sache gibt, für die sich viele Menschen engagieren, trotz der Schwierigkeiten und schrecklichen Hindernisse. Und warum? Weil es eine gerechte Sache ist, ein edles Ideal, ein moralisches Streben nach Gleichheit und Menschenrechten.*«

Hoch die Internationale Solidarität! Freiheit für Palästina!

Vielen Dank

Iris Hefets,
Vorstandsmitglied des Vereins »Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden« in Berlin
Nadija Samour,
deutsch-palästinensische Rechtsanwältin für Internationales Strafrecht und Kriminologie in Berlin

Iris Hefets (links), Nadija Samour (rechts)

■ DOKUMENTIERT: ERKLÄRUNG DER HAFENARBEITER VON PIRÄUS

Solidarität mit dem palästinensischen Volk

Nach dem zu verurteilenden blutigen Angriff von Hamas-Kämpfern auf unbewaffnete israelische Zivilisten am 7. Oktober haben die israelischen Verteidigungskräfte eine massive Offensive gegen die Zivilbevölkerung des Gazastreifens gestartet. Die Angriffe der israelischen Streitkräfte haben während der gesamten Zeit enorme Ausmaße angenommen. Unter dem Vorwand, die Kämpfer der Hamas zu töten, wird im Grunde eine ethnische Säuberung der Palästinenser durchgeführt, die zerstörte Infrastrukturen (Krankenhäuser, Schulen, Produktionsstätten usw.) und vor allem Tausende von toten Zivilisten, darunter Tausende von toten Kindern, hinterlässt. Das unmenschliche Vorgehen der israelischen Streitkräfte hat einen Sturm der Entrüstung bei den Völkern der Welt ausgelöst.

Angesichts dieser enormen Katastrophe können wir nicht gleichgültig bleiben und schweigen. Der palästinensische Kampf um Selbstbestimmung dauert nun schon mehr als 70 Jahre und hat Hunderttausende von Opfern gefordert. Auf der anderen Seite hat der Staat Israel in Palästina alle völkerrechtswidrigen Methoden angewandt (Siedlungen, ethnische Säuberungen, Eroberung und Inbesitznahme von Gebieten usw.) und versucht, die Palästinenser von der Landkarte zu tilgen.

Vor einigen Tagen empfingen unsere Gewerkschaften Vertreter von BDS (Boykott, Desinvestition und Sanktionen), einer internationalen palästinensischen Bewegung für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. BDS fordert das selbstverständliche Prinzip für jedes Volk, so auch für die Palästinenser, dass sie die gleichen Rechte haben wie der Rest der Menschheit. Sie zielt auf den Boykott israelischer Produkte, die von Unternehmen hergestellt werden, die die Menschenrechte verletzen, auf den Rückzug von Investitionen in israelische Unternehmen, die die Rechte der Palästinenser verletzen, und auf die Verhängung von Sanktionen gegen Israel durch internationale Organisationen und Regierungen.

Es kann keine gerechte Lösung für Palästina geben, wenn es nicht zuerst Frieden und ein Ende der Unterdrückung durch Israel gibt. Das Völkerrecht und die einschlägigen UN-Resolutionen sehen die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und eine friedliche Koexistenz von Palästinensern und Israelis vor. Bis heute praktiziert der Staat Israel eine inakzeptable Diskriminierung der Palästinenser sowohl innerhalb Israels als auch eine organisierte Unterdrückung in den palästinensischen Gebieten, die an Apartheid erinnert.

Unter der israelischen Militärbesatzung sind die Palästinenser gezwungen, als Gefangene in ihrem Land zu leben, das von der illegalen Mauer umgeben ist. Die lange Belagerung des Gazastreifens und die häufigen israelischen Militärangriffe wurden von der internationalen Gemeinschaft als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Angesichts der beklagenswerten Bedingungen, die Israel auferlegt, ist die gerechte Lösung für die Palästinenser eine Einbahnstraße.

Die Mitarbeiter der Hafenbehörde von Piräus erklären ihre volle Unterstützung und Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Die Eskalation der blinden Gewalt und Zerstörung im Gazastreifen mit den jüngsten Luftangriffen auf Schulen, Krankenhäuser und politische Ziele erfüllt uns mit Entsetzen und Abscheu.

In diesem Zusammenhang erklären wir als Beschäftigte des Hafens von Piräus, dass wir uns weder an illegalen Transporten von militärischem Material, die im Hafen von Piräus beginnen oder enden, nach Israel beteiligen noch an solchen arbeiten werden, die mit der Ermordung von Zivilisten und Kindern enden. Wir werden uns in keiner Weise an den Verbrechen beteiligen, die in Gaza stattfinden.

Die Vorstände
Föderation der Hafenarbeiter Griechenlands (om.y.l.e)
Union der ständigen und probationären Docker olp
(Hafenbehörde von Piräus)
Verband der Aufsichtsbeamten und Vorarbeiter olp

Blick von Perama auf Piräus: Titelseite der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppe "Gegen Spardiktate und Nationalimus"

Straßenbarrikade in Hamburg-Barmbek Quelle: Wikipedia

■ NACHDRUCK AUS DER »ARBEITERSTIMME«, NR. 221, 2023

Die Legende vom deutschen Oktober 1923

Die Erinnerung an das Jahr 1923 ist auch ein Anlass für die hiesigen Medien. Mindestens zehn neue Monographien sind erschienen, die sich mit diesem ökonomisch und politisch ereignisreichen Jahr befassen. Vielfach wird es als Schlüsseljahr für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts gesehen.

Für den bürgerlichen »Mainstream« steht dabei häufig die in diesen Jahr ihren Höhepunkt erreichende Hyperinflation bzw. deren Überwindung im Mittelpunkt der Darstellung. Aber auch Hitlerputsch und kulturelle Aspekte werden in manchen Veröffentlichungen ausführlich behandelt.

Für viele Linke gibt es aber noch einen anderen Focus des Interesses. Nämlich die Frage, ob der von der Kommunistischen Internationalen (KI) für den Oktober 1923 geplante kommunistische Aufstand eine realistische Chance auf Erfolg gehabt hätte.

Befasst man sich mit Geschichte auch, um aus ihr zu lernen, gilt es sich zuerst der sich ständig ändernden Bedingungen bewusst zu werden.

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik war die Vorstellung oder, wenn man so will, der Mythos von der Endkrise des Kapitalismus auch in der KPD weitverbreitet. Die Möglichkeit eines revolutionären Umsturzes schien vor 100 Jahren in greifbarer Nähe.

Damit ist die Situation derzeit (und wohl auch auf absehbare Zeit) mit der von 1923 nicht annähernd zu vergleichen. Damals gab es eine starke, bewusste Arbeiterbewegung mit KPD und SPD. Der Krieg und seine Folgen (Versailler Vertrag) führten zu einer galoppierenden Inflation. Massenverelendung herrschte in einem für heutige Verhältnisse in Deutschland nicht vorstellbaren Ausmaß.

Die Geschichte bietet also gewiss keine direkte Anweisung für unser heutiges Handeln. Insofern gibt es im engeren Sinne kein Aus-der-Geschichte-Lernen!

Trotzdem ist die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte sinnvoll und notwendig. Denn die Einschätzungen zu den Ereignissen im Oktober 1923 gehen in der Linken immer noch sehr weit auseinander, genauso wie bei einigen damit eng zusammenhängenden Fragen, wie etwa der Beurteilung der damaligen Politik der Kommunistischen Internationalen oder die einer »richtigen« Einheitsfrontpolitik.

Von manchen wird immer noch von der »Verratenen Revolution« gesprochen und unterstellt damit ein persönliches Versagen des KPD Vorsitzenden Heinrich Brandler bis hin zum Verrat an der Arbeiterklasse. Dabei werden die wirklichen Verhältnisse und Bedingungen gern außer Acht gelassen.

Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Aufarbeitungen und Analysen der damaligen Verhältnisse, die zu dem Schluss kommen, dass damals zu diesem Zeitpunkt keine revolutionäre Situation (mehr) gegeben war und ein Losschlagen in eine katastrophale Niederlage mit unzähligen Toten geführt hätte. Exemplarisch sei verwiesen auf die Ausführungen von Harald Jentzsch in der Zeitschrift »Z« Nr. 116 vom Dezember 2018, Die KPD von 1919 bis 1924, Teil II: Der »Deutsche Oktober« von 1923, S.181-195 sowie auf die Broschüre von August Thalheimer »1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923«, die jetzt in korrigierter Form wieder neu aufgelegt wird.

Das ist für uns Anlass genug, dieses Thema nach 100 Jahren aus unserer Sicht wieder aufzugreifen. Dazu drucken wir einen Artikel aus der Arbeiterstimme ab, der sich mit der Einschätzung der damaligen Ereignisse und Abläufe befasst. Diese Darlegung, die aus dem Jahr 1974 datiert, hat selbst wiederum historische Qualität und sollte mit diesem Hintergrund gelesen und wertgeschätzt werden.

Redaktion, September 2023

Die Legende vom deutschen Oktober 1923

Wir aber meinen, daß die erste Voraussetzung für eine kommunistische Partei und Führung, die zu siegen versteht, die ist, daß sie allen Legendenwust forträumt und wirklich zu lernen beginnt. Solange dieses wirkliche Lernen aus der eigenen wirklichen Geschichte nicht begonnen hat, wird die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse sich immer nur im Kreise drehen, statt fortzuschreiten, und immer neue und immer schwerere Niederlagen werden die Folge sein.

August Thalheimer

Noch immer, nach 50 Jahren, spukt die Legende vom »deutschen Oktober« in den Köpfen, die Legende von der verpaßten oder verratenen Revolution von 1923. Dagegen wird die eigentliche Bedeutung der Zäsur des »deutschen Oktober« verkannt: die Machtübernahme der Ultralinken in der deutschen Partei, die Liquidierung der bisherigen Erfolge der Kommunisten durch eine Politik, die schließlich in die größte Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung führte.

Vergleich der Situation: Rußland 1917 und Deutschland 1923

Ein Vergleich der objektiven Lage Rußlands 1917 und Deutschlands 1923 muß aufweisen, wie weit diese Situationen überhaupt vergleichbar waren. Hauptfaktoren, die die russische Oktoberrevolution begünstigten:

- **Kriegsfrage:** Die große Masse der Bauern und Arbeiter war für den Frieden und wollte den imperialistischen Krieg beenden. Nur die Bolschewiki vertraten diese Position.
- **Landfrage:** Die Bauern verjagten die Großgrundbesitzer und besetzten das Land. Nur die Bolschewiki sanktionierten diese Landnahme.
- **Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse:** Die Unterbrechung der Lebensmittelversorgung der Städte und die Schließung der Betriebe durch die Kapitalisten um die Macht der Arbeiterräte zu brechen, führte mit innerer Logik zur »Arbeiterkontrolle der Produktion« und zur Enteignung der Kapitalisten. Auch diese Maßnahmen wurden allein von den Bolschewiki unterstützt. D.h. da die Mehrheit der Arbeiter und Bauern hinter den Bolschewiki stand, erhielten sie auch die militärische Hegemonie (allgemeine Wehrpflicht). Der eigentliche Umsturz des Oktober war somit leicht zu vollziehen.

Situation in Deutschland

Der sogenannte Ruhrkampf, die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Armee und der passive Widerstand dagegen, wurde nicht durch die Arbeiterklasse gelöst, sondern von der Bourgeoisie abgebrochen. Vor allem England und die USA hatten ein Interesse daran, die deutsche Bourgeoisie zu unterstützen (England brauchte ein bürgerliches Deutschland als Gegengewicht zu Frankreich; die USA fürchteten vor allem um ihr in Deutschland investiertes Kapital).

Der Hauptkrisenfaktor des Jahres 1923, die Inflation, wurde von der Bourgeoisie selbst, durch die durchgeführte Stabilisierung der Valuta, liquidiert. Durch diese Zugeständnisse in der Frage der Inflation und des Ruhrkampfes wurde die deutsche Arbeiterklasse gespalten und es gelang der KPD nicht, die Mehrheit hinter sich zu bringen.

Auch die Frage der bewaffneten Kräfte stand anders: Die Reichswehr als Berufsarmee war fest in den Händen der Reaktionäre und Konterrevolutionäre.

Die Bauern waren nicht revolutionär. Sie hatten die Inflation benutzen können, ihre Hypothekenschulden loszuwerden, außerdem profitierten sie von der Preisschere, da die Preise für Industrieprodukte weit tiefer gesunken waren als die für landwirtschaftliche.

Es ergibt sich also, daß alle entscheidenden Faktoren die 1917 in Rußland zur Gewinnung der Massen führten, in Deutschland 1923 nicht gegeben waren.

Lage der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung

Im von Frankreich besetzten Gebiet lag die gesamte Schwerindustrie im Rahmen des passiven Widerstands still. Die Arbeiter streikten, aber mit Zustimmung der Kapitalisten, und sie bekamen die Streikzeit bezahlt. Im übrigen Deutschland hatte zwar die Inflation den Reallohn drastisch gesenkt, aber es gab fast keine Arbeitslosigkeit, da die Industrie durch den betriebenen Schleuderexport florierte.

Die KPD gab in dieser Situation Teilforderungen und Zwischenlosungen heraus wie: Abwälzung der Lasten des Ruhrkampfs auf die Bourgeoisie, Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, Bildung von Kontrollausschüssen für die Preise, die Losung der Arbeiterhundertschaften und als zusammenfassende Losung die der Arbeiterregierung, die, gestützt auf ihre eigenen Klassenorgane, die Arbeiterforderungen durchführen sollte. Durch Teillosungen, Übergangslosungen und Teilkämpfe wurde so die Machtfrage anvisiert, jede Abenteurerpolitik, wie die von den »Linken« vorgeschlagene Besetzung der Betriebe im Ruhrgebiet unter französischen Bajonetten, aber abgelehnt.

Der Höhepunkt der Massenbewegung von 1923 war der Cuno-Streik. Wie wenig aber auch jetzt die Arbeiterklasse bereit war, unmittelbar um die Macht zu kämpfen, zeigt, daß einige Zugeständnisse genügten um den Streik zu beenden und die Bewegung abflauen zu lassen. Die Bildung der großen Koalition, d.h. der Eintritt der SPD in die bürgerliche Regierung, erweckte in der Arbeiterklasse neue Illusionen, die durch die unmittelbaren Maßnahmen, Heranschaffung von Lebensmitteln und Stabilisierung der Mark, gestützt wurden.

Der Aktionsplan der Komintern

Auf dem Juniplenum der Exekutive der Komintern war noch keine Rede vom »revolutionären Machtkampf« in Deutschland. Erst durch die Kampagne der KPD zum Antifaschistentag vom 29. Juli und unter dem Eindruck des Cuno-Streiks setzte die Exekutive die Frage des bewaffneten Kampfes auf die Tagesordnung. Eine Konferenz wurde einberufen. Brandler und andere Genossen kamen bereits Ende August in Moskau an, doch man ließ sich

Zeit, sieben Wochen arbeitete man an einem Aktionsplan für die deutsche Revolution, während die Ereignisse in Deutschland weitergingen. »Das Charakteristische an diesem Aktionsplan ist, daß man nicht aufgrund bereits bestehender Tatsachen in Deutschland diesen Aktionsplan entworfen hat, sondern daß man einen Aktionsplan auf Wochen und Monate hinaus entworfen hat aufgrund einer Spekulation über die Ereignisse, die in 4 bis 8 Wochen in Deutschland eintreten sollten oder würden. In Rußland hatte man 1917 einen Termin für den Aufstand festgelegt, nachdem eine Mehrheit für die Bolschewiki in Leningrad vorhanden war, als man der bewaffneten Kräfte dort bereits sicher war, als Kerenski abgewirtschaftet hatte, als die Situation reif war. Der Aktionsplan für den Oktober 1923 war nicht gegründet auf solchen Tatsachen, sondern auf der Spekulation, daß die Ereignisse in Deutschland vom August ab denselben Gang gehen würden wie vom August bis Oktober in Rußland, d.h. daß inzwischen die Partei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bekommen würde, daß sie die Arbeiter inzwischen genügend bewaffnen könnte und daß der Gegner inzwischen machtlos und zersetzt würde. In Rußland hatte man auf Grund realer Voraussetzungen einen Plan für den Aufstand festgelegt, zwar nicht Wochen vorher, wie Trotzki sagt, aber Tage vorher. Für Deutschland aber setzte man das Monate vorher fest. Das ist das Entscheidende. Man übertrug das Schema des Oktober 1917 auf Deutschland, ohne daß die Tatsachen vorhanden waren – spekulativ!« (Thalheimer)

Auch der Eintritt der Kommunisten in die sächsische sozialdemokratische Regierung kam gegen den Widerspruch Heinrich Brandlers zustande; trotz seiner Bedenken, daß in der Arbeiterklasse dafür noch gar nicht die Voraussetzungen vorhanden wären und diese erst zu schaffen seien. Auch die sächsische KPD war mit den Anweisungen des EKKI nicht einverstanden.

In Moskau wurde noch eine weitere wichtige Fehlentscheidung getroffen: man entschied, die Betriebsräte könnten an die Stelle der politischen Arbeiterräte treten.

So wurde Brandlers Konzeption, bei einer Steigerung der Massenbewegung in Deutschland vermittels eines Generalstreiks von der Intensivität des Streiks nach dem Kapp-Putsch die kommunistische Machtübernahmeeinzuleiten, durch die Dekretierung eines – vor allem von Trotzki vertretenen – revolutionären Fahrplans durchkreuzt, dessen Ablauf mit der telegraphischen Anweisung des EKKI an die KPD, Verhandlungen über den Eintritt in die mitteldeutschen Landesregierungen zu eröffnen, am 1. Oktober 1923 beginnen sollte.

Die Situation nach dem Cuno-Streik

Inzwischen hatte sich die Situation, auf der der Aktionsplan spekulativ aufgebaut war, vollständig geändert. Die Bourgeoisie selbst ergriff die Initiative, da ihr klar war, daß ohne Zugeständnisse an die Arbeiterklasse die Revolutionsgefahr wuchs.

In wenigen Wochen gelang es ihr, den Ruhrkampf zu beenden und zu einem Kompromiß mit den französischen Kapitalisten zu kommen. Genauso wichtig war die Beendigung der Inflation und die Einleitung der Stabilisierung durch Einführung der Goldrechnung. *»Wenn die Bourgeoisie die Inflation nach August abgebaut hat, so nicht nur wegen der Revolutionsgefahr, die sie mit sich brachte, sondern weil auch die Wirkungen der Inflation von einem bestimmten Punkt ab in ihr Gegenteil umschlugen. Von einem bestimmten Punkt ab mußte die Inflation nicht mehr als Exportprämie wirken, sondern umgekehrt. Die Bourgeoisie hat die Inflationskonjunktur ganz kühl bis zu Ende ausgenützt. Sie ist bis zu dem Punkt gegangen, zu dem man überhaupt gehen konnte, und hat erst dann ganz Schluß gemacht, als die Inflationskonjunktur in die Inflationskrise umzuschlagen begann.«* (Thalheimer)

»Der entscheidende Fehler in der Aktion der Partei liegt darin, daß sie gläubig auf den Aktionsplan, der entworfen worden war, starrte, daß sie es unterließ, die politischen Vorbereitungen für den Kampf um die Macht zu treffen, daß sie sich beschränkte auf eine technisch-organisatorische Vorbereitung. Trotzki hatte erklärt: ‚Die Politik macht der Gegner.‘ Er war der Ansicht, daß der Hauptmangel der Revolutionäre im Westen bisher der gewesen war, daß sie die Bewertung der technischen und organisatorischen Vorbereitung des Aufstandes nicht genügend eingeschätzt hätten. Die Politik hat allerdings der Gegner gemacht, und zwar sehr zweckentsprechend für sich, während eben der Grundfehler der Partei nach dem Cuno-Streik der war, daß sie keine Politik machte, daß sie die politische Vorbereitung durch Teilkämpfe und Teilaktionen unterließ und sich beschränkte auf technischorganisatorische Vorbereitungen.« (Thalheimer)

Auf Beschluß der Exekutive erfolgte am 12. Oktober der Eintritt der Kommunisten in die sächsische und kurz darauf in die thüringische Regierung. Die Partei sollte den Regierungsapparat zur Bewaffnung der Arbeiter ausnutzen. Doch die Reichswehr »ignorierte« diese Tatsache natürlich nicht. Als Böttcher zur Bewaffnung der Arbeiterhundertschaften aufforderte, ließ General Müller mit Zustimmung Eberts die Reichswehr einmarschieren. Es zeigte sich also, daß Brandlers Widerstand in Moskau berechtigt war. *»Nur unter einer Voraussetzung hätte man eine Regierung bilden können, daß man imstande war, so zu handeln, wie man als Kommunist und Revolutionär handeln muß, um den Widerstand der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Das kann man aber nur gestützt auf Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter zur Diktatur, auf die bewaffneten Arbeiter, auf einen bereits siegreichen Aufstand.«* (Thalheimer)

Am 20. Oktober beschloß die Zentrale einstimmig, daß auf Grund des Einmarsches der Reichswehr der Generalstreik, der den bewaffneten Kampf einschloß, ausgerufen werden sollte. Doch dann entschied man, daß man noch den Verlauf der Chemnitzer Konferenz vom 21. Oktober, in der Betriebsrats- und andere Arbeitervertreter wirtschaftliche Fragen beraten sollten, abwarten solle, um die wirkliche Stimmung kennen zu lernen. »Auf dieser Konferenz stellte der Genosse Brandler in Übereinstimmung mit der Zentrale die Forderung, die Konferenz solle die Losung des Generalstreiks als Kampflosung gegen den Einmarsch der Reichswehr herausgeben. Wäre dort eine wirkliche revolutionäre Stimmung gewesen, die bereit war zum Machtkampf, dann war klar, daß die Versammlung diese Losung begeistert aufnehmen mußte und dass aus dem Generalstreik der bewaffnete Kampf

um die Macht sich hätte entwickeln müssen. Die Wirkung aber war ganz anders. Brandlers Vorschlag fiel in der Versammlung glatt zu Boden. Die Versammlung nahm den Antrag eisig auf. Dann passierte folgendes: Der linke SPD-Minister Graupe trat auf und erklärte, falls die Kommunisten nicht darauf verzichteten, die Frage des Generalstreiks in dieser Versammlung zu stellen, dann würde er mit seinen sieben Leuten die Versammlung verlassen. In einer wirklich revolutionären, kampfentschlossenen Versammlung hätte ein Sturm der Empörung die Flaumacher weggefegt. Aber das Gegenteil geschah. Die Versammlung beschloß daraufhin, auf den unmittelbaren Aufruf zum Generalstreik zu verzichten und statt dessen eine kleine Kommission zu ernennen, die darüber befinden sollte. Es war dies ein Begräbnis dritter Klasse.« (Thalheimer)

Das hieß, die Arbeiterklasse war gespalten und die Mehrheit stand zwar in einigen Orten, aber nicht in ganz Sachsen und im ganzen Reich hinter den Kommunisten. So beschloß die Zentrale einstimmig, d.h. auch mit den Stimmen der »Linken« und der Kominternvertreter Radek und Pjatakow den Rückzug. *»Wäre dieser Beschluß nicht gefaßt worden, hätte die Partei es auf den Zusammenstoß mit dem überlegenen Gegner ankommen lassen, so wäre von ihr nur noch ein nasser Fleck übriggeblieben. … Man könnte einwenden, es habe schon mehr Situationen gegeben, wo die Partei mit der Arbeiterschaft gekämpft hat, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Gewiß, wir haben im Januar 1919 gekämpft, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Wir haben auch in München gekämpft, wo jeder wußte, daß es sich nicht um die Erringung des Sieges handelte. Der Unterschied besteht darin,: In dem einen Falle war es die große Masse der Arbeiterschaft, die kämpfte, und die Partei durfte in einer solchen Situation die Arbeiterschaft nicht im Stich lassen. Anders ist es, wenn der Kampf sich beschränkt auf die Partei, durch ihre falsche Taktik, durch ihre falsche Einschätzung der Lage. Das würde die Partei nicht fördern in den Augen der Massen, sondern diskreditieren.«* (Thalheimer)

Die Oktoberlegende und ihre Folgen

Auch Sinowjew, der Kominternvorsitzende, hatte der Oktober-Taktik der KPD zugestimmt. Doch im Dezember nannte er ihre Politik eine »banale parlamentarische Kombination«. Ursache der Wendung waren die Fraktionskämpfe im Politbüro der KPdSU, die ihre Gründe nicht in machtpolitischen Streitereien, sondern in der schwierigen Lage der Sowjetunion (Auswirkungen des Bürgerkrieges, imperialistische Einkreisung) hatten. Trotzki gegen Sinowjew, Kamenew und Stalin. Trotzki – durch seine Anhänger Radek und Pjatakow – wie auch Sinowjew – unter dessen Vorsitz das EKKI die sächsische Politik beschlossen hatte – erschienen durch den negativen Ausgang des Oktober-Abenteuers belastet. So versuchte Sinowjew die Schuld an der Oktoberniederlage auf die Brandler-Thalheimer-Zentrale abzuwälzen. Unter dem Eindruck einer Rede Radeks, wo dieser erklärte, wenn sich die Mehrheit des Politbüros gegen Trotzki erkläre, stelle sich die Zentrale der KPD hinter ihn, wandte sich Sinowjew endgültig gegen die »Rechte« in Deutschland und die von ihr und Radek vertretene Auffassung. Das Kräfteverhältnis hat sich objektiv verschoben; der Aufstand hätte zur vollständigen Niederlage der Partei geführt. Am 27. Dezember wurde Radeks Auffassung durch das Politbüro verurteilt.

August Thalheimer schreibt: *»Es war einfach die Folge eines Manövers im innerrussischen Fraktionskampf. Von dieser Rede Radeks erfuhren wir erst sehr viel später. Die Kampagne, das Trommelfeuer, waren in vollem Gange, Maslow usw. waren längst losgelassen, als wir – zur Zeit des 5. Kongresses – in Moskau von der eigentlichen Ursache dieser Wendung erfuhren. Das Eigentümliche dabei ist, daß diese Behauptung von Radek frei erfunden war.«*

Die Exekutive der Komintern verhalf den Ultralinken Ruth Fischer und Maslow, zusammen mit Thälmann, Remmele und Neumann zur Führung der Partei. Der ultralinke Kurs erlebte seine erste Steigerung.

Die Oktoberlegende erreichte jetzt ihren Höhepunkt. In einer Resolution des Bezirksparteitages der KPD von Rheinland-Westfalen, unter der Ägide von Ruth Fischer, hieß es: *»Die Konferenz erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres der revolutionäre Entscheidungskampf historisch notwendig war. Weder das Ausweichen vor dem Kampf, noch das Ersetzen des Endkampfes durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder ähnliches war zulässig.«*

Trotzki schrieb in seiner Broschüre »Die Lehren des Oktober«: *»Noch interessanter ist die Frage der Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober vorigen Jahres. Wir hatten dort in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine klassische Demonstration der Tatsache gesehen, daß eine ganz außerordentlich günstige revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpaßt werden kann.«*

Wir haben anfangs von einer Zäsur in der Entwicklung der deutschen kommunistischen Bewegung gesprochen. Diese tritt einmal in dem massiven Eingriff der von der KPdSU dominierten Komintern in die deutsche Partei, der sich von jetzt ab häufen sollte, andererseits in der Durchsetzung der ultralinken Linie, die schließlich in die Niederlage führen sollte, in Erscheinung.

Die Ultralinke erklärte die Einheitsfronttaktik für falsch und opportunistisch. Auch die Eroberung der Gewerkschaften wurde aufgegeben, Maslow gab die Parole der »Vernichtung der Gewerkschaften« heraus. Die »Bolschewisierung« der Partei wurde eingeleitet. Als unmittelbare Aufgabe wurde erklärt »die Revolution zu organisieren, das Proletariat in dem bewaffneten Aufstand siegreich zu führen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.« Maslow schrieb: »Die Situation ist nach wie vor objektiv revolutionär.«

So wurde innerhalb eines Jahres der große Einfluß der KPD vertan und die Partei isoliert. Hinter diesen Gegensätzen zur Politik der alten Zentrale stand eine prinzipiell unterschiedliche Einschätzung der Rolle der Kommunistischen Partei. Während die alte Zentrale im Sinne Rosa Luxemburgs und des marxistischen Kerns des Spartakusbundes die Partei als Instrument der Arbeiterklasse zur Durchführung der Revolution begriff, dominierte bei der »Linken« die Auffassung, die Partei müsse nicht Vorhut, »sondern Motor des Proletariats« sein, sie müsse die Revolution machen.

Alle Zitate von August Thalheimer sind entnommen der Broschüre "1923: Eine verpaßte Revolution?"

Gerd Callesen
1940 – 2023

Gerd Callesen war ein ebenso hingebungsvoller Historiker wie er Sozialist war, beides gehörte für ihn geradezu existenziell zusammen. Man könnte ihn mit Gramsci als einen organischen Intellektuellen betrachten, der im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie verschiedene Sphären vermittelt. Vielleicht hätte er die Zuschreibung als Intellektueller nicht gern gehört, denn seine Ehefrau Lena Fluger erinnerte sich: »Gerd war ja mit der Arbeiterbewegung verknüpft, nicht mit den Intellektuellen. […] Wir haben immer gemeint, dass die Intellektuellen ja abspringen können, die haben immer eine andere Möglichkeit gehabt, die können alles werden. So ist es gekommen. Selbstverständlich. Die Arbeiterklasse kann nicht aufhören, Arbeiterklasse zu sein. Diejenigen, die das können, tun das natürlich, die gehen auch weg.«[1] Nicht so der Forschungsbibliothekar und Leiter der Bibliotheksabteilung am Archiv der Arbeiterbewegung (ABA) in Kopenhagen, der dort in seinen Jahren von 1970 bis 2002 tiefe Spuren hinterlassen hat.[2] Und das nicht nur, weil er der Bibliothek seine Privatsammlungen von Zeitschriften wie *Konkret* oder *Neue Kritik* einverleibte und damit deutsche Periodika zur Verfügung stellte, die in Dänemark nicht leicht zu erhalten waren. Gerd Callesen kam aus Aabenraa (Apenrade), einem deutschnationalen und sozialkonservativen Elternhaus in der deutschen Minderheit Dänemarks und hat sich aus eigener Kraft seinen Weg hin zu sozialistischen und internationalistischen Überzeugungen gebahnt. Während seines 1961 begonnenen Geschichtsstudiums in Marburg, Tübingen und Kiel gehörte er dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an – ein Studienjahr verbrachte er in Kopenhagen, wo er als studentische Hilfskraft am Archiv der dänischen Sozialdemokratie tätig war. Callesen promovierte 1970 an der Kieler Universität mit einer Arbeit zur Haltung der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie zur Schleswig-Frage zwischen 1912 und 1924 – eine Studie, die er als »Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus« verstanden wissen wollte.[3] Marxismus und Internationalismus waren aus seiner Sicht die Grundpfeiler der Geschichte der Arbeiterbewegung und sie definierten auch die Weite seines eigenen Horizonts. Gerd Callesen war aktiv in der International Association of Labour History Institutions seit ihrer Gründung 1970 und bei den blockübergreifenden Internationalen Tagungen der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz.

Seine Vermittlerrolle zwischen Deutschland auf der einen – BRD und DDR gleichermaßen – und Dänemark auf der anderen Seite beruhte nicht auf nationalen oder ethnischen, sondern auf selbstgewählten politischen und fachlichen Bestimmungsfaktoren. Zunächst bezog sie sich auf die dänische und westdeutsche Linke, und sie begann nicht erst in Kopenhagen, sondern bereits in Kiel, wo dieser entgegenkommende und sanfte Mensch Anfang 1965 Vorsitzender des SDS an der Universität wurde. Dort pflegte der Verband schon seit einiger Zeit Kontakte mit skandinavischen, insbesondere dänischen sozialistischen Studentenverbänden – ein für Callesen, der über intime Kenntnisse der linken Szenen in beiden Ländern verfügte, ideales Betätigungsfeld. Er initiierte gemeinsame Seminare von SDS und dänischen Organisationen auf beiden Seiten der Grenze, vermittelte Texte dänischer Autoren in der deutschen linken Presse, darunter mehrfach die Zeitschrift *Arbeiterpolitik*, aber auch umgekehrt Texte deutscher Autorinnen in Skandinavien.[4]

Callesens Mitstreiterin beim Transfer sozialistischer Ideen und Initiativen zwischen der Bundesrepublik und Skandinavien war seit den mittleren 1960er bis in die frühen 1970er Jahre hinein Ursula Schmiederer, die als Politologin aus der Schule Wolfgang Abendroths – ab 1975 Professorin für Internationale Politik in Osnabrück – die Aufgabe der Wissenschaft darin sah, nicht nur zu analysieren, sondern auch einzugreifen.[5] In ihrer 1969 erschienen Dissertation untersuchte Schmiederer Aufstieg und Krise der 1959 gegründeten Socialistisk Folkeparti, der es als einer der ersten Parteien der neuen Linken in Europa schwerfiel, sich vom Ballast der KP, aus der sie entstanden war, zu befreien. Beide nahmen etwa zeitgleich die Arbeit an ihren Dissertationen auf, beide arbeiteten zur dänischen Linken – Callesen aus histo-

1 Interview mit Gerd Callesen und Lena Fluger, Wien, 11.12.2021, Archiv d. Verf.

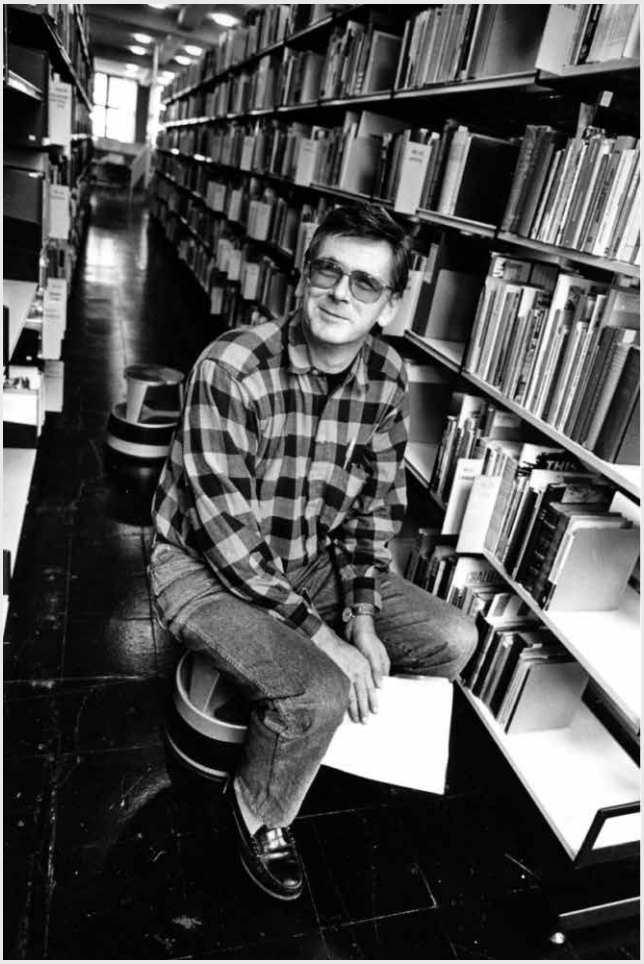
2 Vgl. den Nekrolog von Jesper Jørgensen im Social History Portal (12.12.2023).

3 Gerd Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912-1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus, Apenrade 1970.

4 So z.B. [Kjeld Schmidt], Die Krise der dänischen Gewerkschaftsbewegung, in: Arbeiterpolitik, Nr. 3, 20.6.1969, S. 10-13.

5 Vgl. Detlef Siegfried, Alternative Dänemark. Kosmopolitismus im westdeutschen Alternativmilieu 1965-1985, Göttingen 2023, S. 75-120.

rischer, Schmiederer aus politologischer Perspektive –, beide waren Marxisten, die die Aufgabe der Intelligenz in der Unterstützung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen sahen. Hingegen teilten sie nicht die Politik der »Antiautoritären« im SDS, die die Arbeiterklasse für verbürgerlicht hielten und auf die Intelligenz und die Jugend setzten. 1974 erschien Schmiederers Dissertation, übersetzt von Lena und Lilian Fluger, als Band 1 der Schriftenreihe der dänischen Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung.[6] Nach ihrem frühen Tod 1989 brachte Callesen ihren Nachlass ans ABA.



Gerd Callesen 1993 Foto: Marianne Leth/Arbejdermuseet

Als sich im SDS die »Antiautoritären« durchgesetzt hatten, suchten »Traditionalisten« wie er, die nach wie vor die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt betrachteten und auch am Bündnis mit den Gewerkschaften festhielten, nach neuen, nicht stalinistischen Organisationsformen. Callesen fand sie in der Gruppe Arbeiterpolitik, die sich auf die Tradition der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) der Weimarer Republik berief. 1968 kamen Arpo-Leute, darunter ihr Vorkämpfer Josef Bergmann, aus Hamburg nach Kiel, so erinnerte er sich später, die fand er »irgendwie bewunderswert«, denn sie »wollten revolutionieren und wollten auch Taten«.[7] Dieser Gruppe fühlte sich er sich zugehörig und sorgte später dafür, dass der an seinem Kopenhagener Archiv gesicherte KPO-Bestand an die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg kam, wo er verzeichnet und der Forschung zugänglich gemacht wurde.

Der internationalistische Hintergrund der Familie Callesen-Fluger brachte sie nach dem Ende der Kopenhagener Erwerbstätigkeit nach Wien, dem Geburtsort des Vaters von Lena Fluger, der als Sozialist nach den Februarkämpfen 1934 nach Dänemark gegangen war. Gerd Callesens Mutter kam ebenfalls aus Österreich, aus der Untersteiermark, dem heutigen Slowenien. Lena Fluger, im Hauptberuf Englisch-Lektorin an der früheren Kopenhagener Handelshochschule, arbeitete freiberuflich als Dolmetscherin bei der Europäischen Union, nach der Pensionierung wohnte das Ehepaar zeitweise in Brüssel, seit 2014 in Wien, wo die Tochter Louise lebt und Callesen sich ehrenamtlich am Archiv zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung betätigte. Vom Handwerk konnte er einfach nicht lassen.

Gerd Callesen hat nach der Dissertation einige kleinere Monografien – darunter Biografien über Persönlichkeiten der dänischen und österreichischen Arbeiterbewegung – und zahlreiche Aufsätze verfasst, Sammelbände herausgegeben und sich als eifriger Rezensent und Berichterstatter um die fachliche Kommunikation unter den Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung verdient gemacht.8 Unzählige Lexikon- und Zeitungsartikel aus seiner Feder brachten die Geschichte dieser Bewegung einer größeren Öffentlichkeit nahe. Als wesentliche Triebkraft der 1970 gegründeten dänischen Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung gab er die Sammelbände zu ihrem zehn- und zwanzigjährigen Jubiläum heraus und begründete die Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständigen Zweig der Geschichtsforschung.9 Callesens anhaltendes Interesse am Marxismus stellt seine langjährige Mitarbeit an der MEGA2 unter Beweis, der 1990 vom Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte initiierten Fortführung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe – ein wahrhaft internationales Langzeitprojekt, betrieben von Fachleuten aus zahlreichen Ländern.10 Das war ein Umfeld, in dem er sich als Beiträger und Herausgeber wohlfühlte.

Am 9. November 2023 ist Gerd Callesen in Wien verstorben.

Dr. Detlef Siegfried, Kopenhagen

6 Ursula Schmiederer, SF og den »tredie vej« til socialisme, Kopenhagen 1974.

7 Interview mit Gerd Callesen und Lena Fluger, Wien, 11.12.2021, Archiv d. Verf.

8 Darunter Gerd Callesen, Den sidste landsfader?, Kopenhagen 1994; Gerd Callesen, Socialist Internationals: A Bibliography of Publications of the Social-Democratic and Socialist Internationals, 1914-2000, Bonn/Gent 2001.

9 Gerd Callesen, Arbejderbevægelsens historie som selvstændig forskningsgren, in: Gerd Callesen/Anne-Lise Walsted/Niels Ole Højstrup Jensen (Hrsg.), Fremad – ad nye veje. Bidrag til diskussionen om arbejderhistorien i 1990'erne, Kopenhagen 1990, S. 37-52.

10 Gerd Callesen, MEGA^2. Stand und Perspektiven der Arbeiten an der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe, in: Sozial.Geschichte Online, 4 (2010), S. 165-171 (12.12.2023).